

**N I E D E R S C H R I F T****Sondersitzung des Hauptausschusses (gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege)**

Sitzungstermin:	Mittwoch, 29.07.2020	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:52 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dagmar Hildebrand - CDU		
David Jenniches - AfD		
Ulrich Krause - CDU		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur - CDU		
Peter Reinhardt - SPD		
Bernhard Simon - CDU		
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen		
Katjana Zunft - DIE LINKE		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für AM Birte Duggen
Thomas-Markus Leber - FDP		Vertretung für AM Thomas Rathcke
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Seniorenbeirat		bis 18.17 Uhr
Götz Gebert - Seniorenbeirat		bis 18.17 Uhr
Verwaltung		
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister		
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Wolfgang Rojahn - 1.300 Recht		
Nina Jakubczyk - 4.041 Fachbereichsdienste FB 4		

Kai Soomann - 4.041 Fachbereichsdienste	
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Protokollführung	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Hans-Georg Rieckmann - BfL	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt
Thomas Rathcke - FDP	Entschuldigt
Lothar Möller - BfL	Entschuldigt
Verwaltung	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	Entschuldigt
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
2.1	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Fragen zur Kindertagespflege	VO/2020/09111
2.2	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth: Zugangsbeschränkung Clemensstraße und Drehbrückenplatz	VO/2020/09123
2.3	NEU: Anfrage von AM Thomas-Markus Leber betr. Flächen für Schausteller	
2.4	NEU: Anfrage von AM Peter Reinhardt betr. Karstadt	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Sonderhilfeprogramm "Strukturerhalt Kultur"	VO/2020/08963-01
3.1.1	Ergänzungsantrag des AM Stolzenberg zum Sonderhilfeprogramm "Strukturerhalt Kultur"	2020/08963-01-03
3.1.2	Ergänzungsantrag des AM Stolzenberg zum Sonderhilfeprogramm "Strukturerhalt Kultur"	2020/08963-01-04
3.1.3	AM Katjana Zunft Änderungsantrag zu Sonderhilfeprogramm - Strukturerhalt Kultur	2020/08963-01-01
3.2	AUSTAUSCHVORLAGE: Vergabe der Beschaffung und Einrichtung von Endgeräten aus dem Sofortausstattungsprogramm "DigitalPakt 2" an die TraveKom	VO/2020/09099
4	Verschiedenes	
5	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
7	Berichte	
8	Beschlussvorlagen	
9	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

10	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur Sondersitzung des Hauptausschusses, zu der ordnungsgemäß eingeladen worden ist und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist auf die gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege zum Tagesordnungspunkt 3.1 mit den Ergänzungsanträgen 3.1.1 bis 3.1.3 hin.

Er schlägt vor, nach der Beschlussfassung über die Tagesordnung diese Punkte in der Beratung vorzuziehen. Es erfolgt hierüber eine gemeinsame Beratung der beiden Ausschüsse, aber eine getrennte Beschlussfassung. Zunächst wird der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege eine Empfehlung an den Hauptausschuss abgeben und anschließend der Hauptausschuss entscheiden.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende teilt mit, dass noch folgende schriftliche Anfragen zur heutigen Sitzung eingereicht wurden:

NEU – TOP 2.1/VO 09111

Anfrage von AM Katjana Zunft betr. Kindertagespflege

NEU – TOP 2.2/VO 09123

Anfrage von AM Dr. Axel Flasbarth betr. Zugangsbeschränkung Clemensstraße und Drehbrückenplatz

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

AM Peter Reinhardt bittet um einen Sachstand betr. Karstadt entweder im öffentlichen oder nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

AM Thomas-Markus Leber bittet um einen Sachstand betr. Flächen für Schausteller.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Berichte und Vorlagen zum nichtöffentlichen Teil angemeldet sind. Weitere Vorschläge zur Tagesordnung liegen nicht vor. Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung fest.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende erinnert an die letzte Sitzung des Hauptausschusses zum Tagesordnungspunkt „Kinderbetreuung“ und teilt mit, dass das Thema jetzt aufgenommen wird und weist hierzu auf eine Einladung zusammen mit dem Frauenbüro am 31.08.20 um 18.00 Uhr hin.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 2.1 Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Fragen zur Kindertagespflege
Vorlage: VO/2020/09111**

Beschluss:

1. Wie viele Kinder wurden in der Kindertagespflege, seit 1.1.2018, in der Randzeit (früh), in der Randzeit (spät), am Wochenende, an Feiertagen, mit Übernachtung betreut?
2. Wie viele Anträge auf einen Integrationsstatus wurden seit dem 1.1.2018 für Kinder die in der Kindertagespflege betreut wurden gestellt?
3. Wie viele Anträge wurden abgelehnt?

Welche Gründe führten zur Anerkennung bzw. zur Ablehnung eines Antrages?

Die Anfrage wird bis zur schriftlichen Beantwortung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 2.2 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth:
Zugangsbeschränkung Clemensstraße und Drehbrückenplatz
Vorlage: VO/2020/09123**

Beschluss:

1. Wie wird die aktuelle Zugangsbeschränkung von 55 bzw. 100 Personen (Freitags und Samstags, jeweils 22-6 Uhr) in der Clemensstr. und auf dem Drehbrückenplatz kontrolliert und sichergestellt?
2. Wer ist für die Einhaltung dieser Regelung verantwortlich?
3. Was geschieht, wenn mehr als 55 bzw. 100 Personen anwesend sind? Sind Bußgelder für "überzählige" Personen fällig? Betrifft dies auch die ca. 90 Bewohner*innen der Clemensstr.?

4. Wie kommen die Grenzwerte von 55 bzw. 100 Personen zustande (entspricht in der Clemensstr. ca. 1 Person pro 10 m²)? Was ist die Rechtsgrundlage?
5. Warum gelten diese Grenzwerte nicht an den anderen Wochentagen?
6. Wird dieser Grenzwert von 1 Person pro 10 m² auch für die Feiernden auf den Flächen des evtl. stattfindenden Weihnachtsmarktes gelten? Wenn nein, warum nicht?
7. Wie viele Bußgelder wurden im Juli in der Clemensstr. und auf dem Drehbrückenplatz wegen nicht ausreichender Mindestabstände verhängt? Wenn keine, warum nicht?
8. Welche sonstigen mildereren Maßnahmen wurden angewandt, um ausreichende Abstände zwischen den Feiernden in der Clemensstr. und auf dem Drehbrückenplatz sicherzustellen?
9. Warum wurde am 11.7. in der Clemensstr. eine Einkesselung der Feiernden durchgeführt? Was war die Rechtsgrundlage?
10. Von wie vielen Personen wurden an diesem Abend in der Clemensstr. die Personalien aufgenommen? Warum? Was ist die Rechtsgrundlage?
11. Wofür werden diese Daten verwendet? Wer ist zugangsberechtigt? Wie lange werden sie aufbewahrt? Von wem?
12. War der Ordnungsdienst an der Einkesselung und Datenerhebung am 11.7. beteiligt? Mit wie vielen Personen?
13. In welcher Form hat die Verwaltung gemeinsam mit den Gastronom*innen der Clemensstr. nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht, die sowohl die Mindestabstände der Feiernden als auch die wirtschaftlichen Interessen der Gastronom*innen und die Sicherheit der Arbeitsplätze gewährleistet?
14. Warum haben sich bisher weder Bürgermeister Lindenau noch Senator Hinsen an Gesprächen mit den Gastronom*innen der Clemensstr. beteiligt?
15. Warum wurde der Wunsch der Gastronom*innen, die Mindestabstände durch eine angemessene Außenbestuhlung in der Clemensstr. sicherzustellen, von der Verwaltung nicht geprüft und umgesetzt?
16. Wie viele Mitarbeiter*innen sind aktuell beim Ordnungsdienst beschäftigt? Wurde deren Anzahl in diesem Jahr erhöht?

Werden aktuell Aufgaben des Ordnungsdienstes an Externe vergeben?

Hierzu spricht AM Dr. Flasbarth und fragt nach, ob zusammen mit den Gastronomen ein Konzept erstellt worden ist. Bürgermeister Lindenau antwortet hierzu, dass ein Gespräch des Ordnungsamtes mit den Gastronomen in der Clemensstraße stattgefunden hat. Die Überlegungen sind nun mit der Bauordnung und dem Bereich Verkehr abzustimmen.

Seitens der Stadt besteht ein großes Interesse, mit den Gastronomen hier zu einer Lösung zu kommen. Am 05.08. ist ein Gespräch mit Veranstaltern und gastronomischen Betrieben vorgesehen.

Die Anfrage wird bis zur schriftlichen Beantwortung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 2.3 NEU: Anfrage von AM Thomas-Markus Leber betr. Flächen für Schausteller

AM Thomas-Markus Leber bittet um einen Sachstand zum Dringlichkeitsantrag der FDP zu Flächen für Schausteller.

Bürgermeister Lindenau antwortet, dass die Verwaltung hier nach Gesprächen mit den Schaustellern in der Umsetzung ist. Flächen wurden bereits identifiziert. Über das Ergebnis wird ein Bericht erstellt und den Gremien zur Kenntnis gegeben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 2.4 NEU: Anfrage von AM Peter Reinhardt betr. Karstadt

- Die Behandlung fand nach TOP 3.1 statt -

Bürgermeister Lindenau berichtet zum aktuellen Sachstand Karstadt. Nach seinen Worten schwindet die Hoffnung, dass es hier noch zum Einlenken des Vermieters kommt. Nach den vorliegenden Informationen ist geplant, die Filiale zum 31.1.2021 zu schließen. Am 1.9. entscheidet die Gläubigerversammlung. Er steht im Gespräch mit den Eigentümern. Nur noch ein besonderes Ereignis wird zu einem guten Ergebnis führen.

Auf Nachfrage von AM Thorsten Fürter, ob es Angebote der Stadt gab, antwortet der Bürgermeister, dass es hier weniger um Karstadt geht, sondern um den Eigentümer der Immobilie und ob dieser zu einer Änderung der Miete bereit ist. Der Bürgermeister erläutert die aktuelle bauordnungsrechtliche Situation. Das Gebäude liegt im Sanierungsgebiet und ermöglicht im rechtlichen Rahmen Eingriffsmöglichkeiten der Stadt. Die Stadt kann keine finanziellen Zugeständnisse machen. Ein Kaufangebot wurde der HL unterbreitet, dass aber völlig inakzeptabel war. Die Stadt steht für Gespräche weiter zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Sonderhilfeprogramm "Strukturerhalt Kultur" Vorlage: VO/2020/08963-01

- Gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege –

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Corona-Sonderhilfeprogramm der Hansestadt Lübeck „Strukturerhalt Kultur“ gem. Anlage 1 umzusetzen.
2. Es wird ein Betrag von bis zu 1,2 Mio. Euro aus dem von der Bürgerschaft am 26.03.2020 beschlossenen Rettungsschirms (VO/2020/08831) zur Linderung finanzieller Schäden, die ursächlich im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen, bewilligt und zur Verfügung gestellt.

Dem Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege wird nach Abschluss des Antrags- und Bewilligungsverfahrens über den Umfang der beantragten und gewährten Hilfen berichtet.

Herr Bürgermeister Lindenau verweist auf den Auftrag aus dem Hauptausschuss, um hier zeitnah eine Kulturhilfe zu organisieren. Dazu hat am 01.07.20 ein Arbeitstreffen der kulturpolitischen Sprecher:innen zusammen mit der Kultursenatorin stattgefunden. Der Bürgermeister greift zwei Punkte im Rahmen der Anträge des Sonderhilfeprogramms "Strukturerhalt Kultur" heraus.

Aus Sicht der Verwaltung bestehen keine Bedenken, ab 1.8.2020 die Anträge zur Verfügung zu stellen, aber bittet darum, es bei der Vierwochenfrist bis zum 30.8.2020 zu belassen und nicht bis zum 15.09.20 zu verlängern, da schnell das Geld ausgeschüttet werden soll.

Bereits Anfang September 2020 würde es direkt zur Auszahlung der Zuwendungen kommen. Die Nachweisfrist könne auf Ende Juni 2021 verlängert werden. Dagegen bestehen keine Bedenken. Die Bürgerschaft hat den finanziellen Rahmen für die Coronahilfen in Höhe von 10 Millionen Euro bereits beschlossen, der bisher noch nicht vollumgänglich ausgeschöpft ist. Der Fachausschuss kann in diesem Rahmen handeln. Deshalb ist eine Entscheidung durch die Bürgerschaft nicht mehr erforderlich.

Er warne vor einem offenen Verfahren, da hierbei der Finanzrahmen nicht in Gänze kontrolliert werden könne. Möglicherweise könne die Verwaltung mit eventuell vorhandenen Restmitteln aus dem vorliegenden Programm erneut und ergänzend fördern.

AM Katjana Zunft bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung des Unterstützungskonzepts, kritisiert aber, dass bestimmte Punkte aus dem Arbeitskreis nicht übernommen worden sind. Sie bittet um Verlängerung der Antragsfrist bis 15.09.20 gemäß ihres Antrags. Sie weist auf die schwierige Situation der Kulturschaffenden hin. In diesem Zusammenhang schlägt sie eine Sofortzahlung in Höhe von 10.000 Euro an Antragstellende vor, um dringende offene Rechnungen zahlen zu können, bevor der Antrag abgearbeitet sei. Bei Anrechnungen sollen zweckgebundene Spenden nicht berücksichtigt werden und beantragt eine punktweise Abstimmung.

Herr Detlev Stolzenberg dankt Bürgermeister Lindenau, Frau Senatorin Weiher und dem Kulturbüro für das Konzept. Er weist auf die Vielfältigkeit der Kulturszene hin und auf die derzeitige Situation der Kulturakteure, die aufgrund des staatlich angeordneten Veranstaltungsverbots besonders in den Fokus staatlicher Hilfe von Bund, Land und Kommune genommen werden müssten. In Schleswig-Holstein werden Solokulturschaffende an das Jobcenter verwiesen. Es war Auftrag der Bürgerschaft, auch diesen Personenkreis durch die Kommune zu unterstützen. Deswegen wurde ein Ergänzungsantrag gestellt, um den Arbeitsauftrag zu erfüllen.

AM Friederike Grabitz (Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege) spricht ein Plädoyer für Soloselbstständige wie Künstler:innen und Veranstaltungstechniker:innen. Die Solokulturschaffenden sind bislang leer ausgegangen im Gegensatz zu anderen Branchen. Die Solokünstler:innen sind nicht arbeitslos, sondern unterliegen einem vorübergehenden Berufsverbot. Es müssen Mittel gefunden werden, damit kulturell tätige Soloselbstständige nicht durch das Netz von Hilfsprogrammen fallen. Regensburg, Hamburg und Nürnberg gehen diesen Weg.

AM Thomas-Markus Leber dankt der Verwaltung für die Erarbeitung eines Konzepts und hebt den Stellenwert von Kultur für Lübeck heraus. Er fragt nach, wie die Gesamtsumme von 1,2 Mio. Euro ermittelt worden ist und wie groß die Anzahl der Anspruchsberechtigten sein wird.

Die Nachfragen von AM Thomas-Markus Leber beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau.

Es wird von 40-45 antragsberechtigten Institutionen ausgegangen. Es wurde ein Mittelwert errechnet, der auskömmlich sei, um sehr schnell Hilfe leisten zu können. Unter Pkt. 6 des Konzepts "Strukturerhalt Kultur" ist aufgeführt, wer antragsberechtigt ist. Ein Antragsverfahren sei nötig, da über dieses Hilfeprogramm Steuergelder verteilt werden. Außerdem gebe es aktuell einen Dreiklang aus Unterstützungsformaten: Unterstützung von Projektarbeiten über die Aktion "Kulturfunke" der Possehlstiftung, Genehmigung der Veranstaltungen durch die Stadt und das neu aufgelegte kommunale Förderprogramm. Bisher wurde keine Einzelcoronahilfe in dieser Größenordnung von der Stadt ins Leben gerufen, damit sei ein deutliches Signal gegeben.

Der Bürgermeister gibt darüber hinaus zu bedenken, dass es sich bei den Zuschüssen um Steuergelder handelt und darauf zu achten ist, sorgsam damit umzugehen.

Es spricht AM Dr. Axel Flasbarth: Er thematisiert die Ungleichbehandlung mit der Travemünder Woche und warum die Soloselbstständigen keine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes erhalten und warum jetzt eine Unterstützung aus dem Coronatopf erfolgt und für welche konkreten sechs Monate der Zuschuss berechnet werden soll.

Herr Bürgermeister Lindenau verweist auf die bislang fehlende politische Entscheidung und widerspricht dem Eindruck einer Ungleichbehandlung zwischen dem Konzept „Strukturerhalt Kultur“ und dem Hilfspaket für die Travemünder Woche. Beiden lege eine Bewertung des Jahresabschlusses zugrunde. Mit dem Kulturpaket erreiche man ein breites Portfolio an in verschiedenen Strukturen organisierten Künstler:innen. Es werden jetzt kulturelle Strukturen erhalten, die den Solokulturschaffenden zugutekommen.

Im September wird die Verwaltung einen Bericht über das Antragsvolumen vorlegen.

AM Lars Rottloff bedankt sich für die Vorlage mit dem Sonderhilfeprogramm „Strukturerhalt Kultur“. Er spricht von einer „Blaupause für die Zukunft“ und einem großen Akt Lübecker Solidarität. Zusätzlich zur Possehl-Stiftung würde auch die Gemeinnützige Sparkassenstiftung unterstützen und nennt als Beispiel das Projekt eines Solokünstlers mit dem Wald als Konzertbühne.

AM Heiko Steffen (Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege) dankt der Verwaltung für die Vorlage und erklärt, dass die AfD dieser Vorlage zustimmen werde. Die Änderungsanträge lehne die AfD ab.

AM Oliver Prieur erklärt, dass die CDU der geänderten Antragsfrist 01.08.-31.08 und der Nachweispflicht bis 30.06.2021 zustimmt. Alle anderen Änderungsanträge werden abgelehnt.

AM Katjana Zunft weist auf Anfragen von Kulturinstitutionen hin, die die Grundsteuer und Pacht erlassen haben wollen und fordert erneut, dass zweckgebundene Spenden unberücksichtigt bleiben und die Antragsfrist bis 15.09.20 verlängert wird. Es bleibt für sie weiter unklar, wer nun antragsberechtigt sei.

Herr Bürgermeister Lindenau erklärt hierzu, dass Soloselbständige nicht antragsberechtigt seien und weist darauf hin, dass seit März Pachten, Mieten und Steuern auf Antrag gestundet werden. Voraussetzung hierfür ist, dass ein Antrag gestellt wird. In sechs Monaten könne neue überlegt werden, wie die Stadt auf die pandemiebedingte Notsituation reagieren kann. Der Politik steht es frei, noch eine neue Unterstützungsrunde zu starten. In der aktuellen Lage warnt der Bürgermeister davor zu wissen, was die nahe Zukunft bringt.

AM Detlev Stolzenberg fragt nach den Antragsbedingungen und kritisiert, dass das Konzept erst jetzt vorliegt und wiederholt seine Forderung nach Unterstützung der Solokulturschaffenden. Er bringt das Beispiel eines Ehepaares, das eine einmalige Förderung von 2.500 Euro erhalten habe und auf ALG II angewiesen sei. Viele würden durch das Raster der Hilfsprogramme fallen. Das Programm „Strukturerhalt Kultur“ müsse auch diejenigen berücksichtigen, die bisher zu kurz kommen.

Der Vorsitzende widerspricht der Darstellung von Herrn Stolzenberg. Es sollte erst einmal abgewartet werden, welche Leistungen das Bundeskonjunkturprogramm beinhaltet. Die Fristen werden angepasst, aber die Antragsfrist solle nicht bis zum 15.9.2020 verlängert werden. Es solle auf die Außenwirkung geachtet werden, wenn über SGB II-Empfänger:innen gesprochen wird.

AM Thomas-Markus Leber führt aus, dass die Kommune Soloselbstständige unterstützen könne, indem geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, z. B. von der Stadt veranstaltete Verkaufsausstellungen für Künstler:innen nach dem Flensburger Vorbild „Flensburg. Kauft. Kunst“ oder ähnliche Plattformen.

AM Friederike Grabitz (Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege) weist darauf hin, dass die Lübecker Kulturszene nicht selbstverständlich sei. Kultur mache eine Stadt nicht nur attraktiv, sondern sei vor allem ein echter Wirtschaftsfaktor, der auch hohe Einnahmen für die Stadt generiere. Sie stellt den besonderen Umstand heraus, dass soloselbstständige Künstler:innen aus Nicht-EU-Ländern ihr Arbeitsvisum verlieren würden und die Stadt somit auch ein Teil ihrer Kulturakteuren.

Der Vorsitzende unterbricht um 18:04 Uhr die Sitzung des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss wird um 18:17 Uhr fortgesetzt.

Die Herren Böhm und Gebert verlassen den Saal.

Der Vorsitzende schlägt vor, nun über die Verwaltungsvorlage in der Fassung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege mit den geänderten Punkten hinsichtlich der Antragsfrist bis 30.08.20 und Nachweisfrist bis 30.06.21 zu beschließen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.1.1 Ergänzungsantrag des AM Stolzenberg zum Sonderhilfeprogramm "Strukturerhalt Kultur"
Vorlage: 2020/08963-01-03

Beschluss:

Es wird beantragt,

der Beschlussvorschlag des Bürgermeisters zum Corona-Sonderhilfeprogramm der Hansestadt Lübeck „Strukturerhalt Kultur“ wird wie folgt ergänzt:

Auch die in Lübeck tätigen Solokulturschaffenden werden in das Sonderhilfeprogramm der Hansestadt Lübeck „Strukturerhalt Kultur“ aufgenommen. Sie erhalten für ausgefallene Gagen einen prozentualen Anteil, der

1. dem entspricht, den die Gastkünstler am Lübecker Theater im Durchschnitt erhalten haben (**Modell Lübecker Theater**);

oder hilfsweise,

2. 60 % der ausgefallenen Honorare beträgt. Die Erstattungshonorare werden pro Monat auf 2500 Euro begrenzt (**Modell Grütters**);

oder weiter hilfsweise,

3. Es werden nach dem Vorbild der Stiftung Rheinland-Pfalz sogenannte Projektstipendien vergeben, die jeweils mit der Zahlung von 2000 Euro verbunden sind (**Modell Rheinland-Pfalz**);

oder ganz hilfsweise,

4. Es werden nach dem Vorbild von Baden-Württemberg bzw. Bayern für Solokulturschaffende für **laufende Lebenshaltungskosten monatlich 1.180 Euro** (Baden-Württemberg) oder 1000 € (Bayern) gewährt (**Modell Baden-Württemberg/Bayern**).

Erledigt durch Beschlussfassung zu TOP 3.1.

zu 3.1.2 Ergänzungsantrag des AM Stolzenberg zum Sonderhilfeprogramm "Strukturerhalt Kultur"
Vorlage: 2020/08963-01-04

Beschluss:

Das Verwaltungskonzept „Strukturerhalt Kultur“ soll in nachfolgenden Punkten geändert bzw.

ergänzt werden:

- 1. Die Antragsfrist ist zu verlängern (vom 1. August 2020 bis zum 15. September 2020).*
- 2. Der Berechnungszeitraum beginnt mit dem 1. Juli 2020*
- 3. Der Verwendungsnachweis sollte mit verlängerter Frist möglich sein (z.B. bis 30. Juni 2021)*
- 4. Allgemein antragsberechtigt sollen auch unternehmerisch tätige Kultureinrichtungen sein.*
- 5. Der Fördergegenstand bzw. der Begriff „auskömmlich“ berücksichtigt auch einen zu ermittelnden und hinreichenden pauschalisierten Zuschussbetrag für seit dem 15. März 2020 erlittene Einnahmeausfälle (Eintrittsgelder) und für den Förderzeitraum einen noch zu ermittelnden pauschalen Zuschussbetrag (ausfallende Erträge durch behördlich angeordnete Platzreduzierung in den Spielstätten).*
- 6. Bei der Förderung kann ein Zuschuss auf Eintrittspreise berücksichtigt werden.*
- 7. „Auf den anererkennungsfähigen Förderbedarf sind mögliche „Soforthilfen“ durch Bund, Land, die außerhalb des Förderzeitraums geleistet wurden, Spendenerlöse von privaten Spender*innen sowie mögliche zusätzliche Projektförderungen nicht anzurechnen.*
- 8. Die Förderungshöhe von max. 50.000,-- € (unter Anrechnung evtl. Drittmittel!) darf in begründeten Ausnahmefällen auch höher ausfallen.*
- 9. Fördermittel Dritter, Einnahmeänderungen oder Spenden sind im Rahmen des Verwendungsnachweises aufzuführen.*
- 10. Besonders unterstützungswürdige Einrichtungen, wie z.B. Kinder- und Jugendtheater, sollen analog der Förderrichtlinien des Landes für freie Theater mit einen „Multiplikator“ (z.B. Faktor 2 für Kinder- und Jugendtheater) bei der Berechnung der Fördersumme berücksichtigt werden.*
- 11. Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, damit Anträge schnell bearbeitet und die Fördermittel zügig ausgezahlt werden können.*
- 12. Es soll ein „Kompetenzgremium“ aus Theaterakteuren gebildet werden, dass bei Anträgen zu freien Theatern die Kulturverwaltung beraten kann.*

Erledigt durch Beschlussfassung zu TOP 3.1.

<p>zu 3.1.3 AM Katjana Zunft Änderungsantrag zu Sonderhilfeprogramm - Strukturerehalt Kultur Vorlage: 2020/08963-01-01</p>
--

Beschluss:

„Sonderhilfeprogramm – Strukturerehalt Kultur“

Sitzung des Hauptausschusses und des Kulturausschusses der Hansestadt Lübeck am 29. Juli 2020.

In Bezug auf die Beschlussvorlage VO/2020/08963-01 und die entsprechende Konzepterarbeitung des Kulturbüros beantragt DIE LINKE Herrn Gottschlich folgend (*kursiv*) diese Änderungen (**fett**):

1. *„Zur Antragsstellung und Antragsfrist sei angemerkt, dass einerseits der Beginn der Antragsstellung (Mitte August) zu spät liegt, da einige Spielstätten bereits mit Beginn August 2020 in Zahlungsschwierigkeiten geraten, andererseits die Antragsfrist viel zu kurzfristig ist (30. August 2020), um ggf. alle geforderten Unterlagen zusammenzutragen. Hier gilt es eine „praktische Lösung“ zu finden, die haushaltsrechtlich tragfähig ist. Ich schlage vor: Antragsbeginn zum 01. August 2020, Antragsfrist bis zum 15. September 2020.“*
 - **Antragsbeginn 15.08. (um der Verwaltung Zeit zu Geben), Antragsfrist 15.09. (um den Kulturschaffenden Zeit zu Geben).**

2. *„Der Berechnungszeitraum muss präzisiert werden. In der Vorlage ist lediglich ein Zeitraum von sechs Monaten genannt. Ich schlage vor: Der Berechnungszeitraum beginnt mit dem 01. Juli 2020!“*
 - **Berechnungszeitraum beginnt am 01.07.2020 (Bis zum 31.12.2020 entspricht dies genau sechs Monaten).**

3. *„Der Verwendungsnachweis sollte mit verlängerter Frist möglich sein (z.B. bis 30.6.2021), da niemand im Augenblick einschätzen kann, wie die Pandemiesituation im Frühjahr 2021 aussieht (können Theater wieder „ganz normal“ öffnen?). Es geht letztlich um die Existenz der Einrichtungen und Bühnen, die in dieser Situation nicht durch zu enge Zeitfenster weiter belastet werden sollten. Nachweispflichtig ist sowieso jede*r Empfänger*in, daher geht finanziell auch nichts verloren.“*
 - **Frist der Verwendungsnachweise ist der 30.06.2021 (Begründung schlüssig).**

4. *„Eine Präzisierung bedarf es auch bei der „Antragsberechtigung“ (Pkt. 6). Es heißt „im Rahmen einer Einzelfallentscheidung können auch Lübecker Kultureinrichtungen bezuschusst werden, die unternehmerisch tätig sind“. Was bedeutet das z.B. für das privat geführte Theater am Tremser Teich?“*
 - **Kriterien für die Einzelfallentscheidung müssen spezifiziert werden. Was genau bedeutet „Einrichtungen/Vereine, die nicht in die festgelegte Branche fallen“ für andere Kulturschaffende, wie z.B. Spielmannszüge?**

5. *„Der Fördergegenstand (Pkt. 5) bzw. der Begriff „auskömmlich“ sollte auch beinhalten, dass ein hinreichender Zuschussbetrag gewährt wird, um bereits erlittene und ggf. auch noch kommende Einnahmeausfälle aufgrund pandemiebedingter Vorstellungen- und Veranstaltungsabsagen zu kompensieren. Gem. Pkt. 5 ist leider nur von „eingeschlossenen Hilfeleistungen“ wie Miete, Pacht usw. die Rede! Für die festen Spielstätten aber entsteht massiv das Problem, dass erhebliche Einnahmeausfälle im Herbst / Winter entstehen, hier aber üblicherweise die meisten Einnahmen generiert werden, um den Betrieb bzw. die Produktion von Theaterprogrammen etc. im darauffolgenden Jahr überhaupt aufrechterhalten zu können! Ein „normaler fortlaufender Geschäftsbetrieb“ ist für Theaterspielstätten im Jahr 2020 voraussichtlich nicht zu erwarten!“*
- **Jeder den Vergabekriterien nach begründete Antragsteller erhält eine Mindestsumme in Höhe von 10.000€.**
6. *„Um die Arbeit der Theater im kommenden Herbst / Winter 2020 zu ermöglichen (die Spielstätten haben z.Z. max. 25-30% ihrer tatsächlichen Platzkapazität zur Verfügung!) und das kulturelle Angebot wieder und weiterhin sichtbar zu machen und zu beleben, sollte eine Auftrittsförderung für die freien Theater im Hilfspaket Berücksichtigung finden. Hierzu müsste ein Zuschussfaktor ermittelt werden, der die coronabedingt nicht nutzbaren Zuschauerplätze berücksichtigt. Das betrifft alle festen Häuser bzw. Spielstätte ohne institutionelle Förderung.“*
- **Das Kulturbüro prüft die Möglichkeit einer faktoriell-bemessenen Auftrittsförderung oder die Möglichkeit ein Kontingent an Karten pro Aufführung aufzukaufen.**
7. *„Die Zuschusshöhe bzw. der anerkennungsfähige Förderbedarf (Pkt. 4) darf nicht dadurch geschmälert werden, dass z.B. Projektförderungen im Jahr 2020 (die i. d. R. sowieso keine Betriebskosten wie Mieten o.ä. beinhalten) den Förderbedarf verringern. Gleichmaßen dürfen mögliche „Soforthilfen“ o.ä. durch Bund und Land nicht zur Anrechnung kommen, wenn diese Hilfen nicht in den Förderzeitraum (s. Pkt. 2 oben) fallen bzw. längst verbraucht sind. Außerdem dürfen Spendenerlöse von privaten Spendern keinesfalls angerechnet werden, da diese ja i. d. R. zur „Selbstrettung in der Krise“ durch Eigeninitiative der Spielstätten eingeworben wurden. Für diese Eigeninitiative darf jetzt keine Bestrafung folgen!“*
- **Durch Eigeninitiative eingeworbene private Spenden (öffentliche Träger oder Stiftungen exkludiert) bleiben in den Vergabeberechnungen der Hansestadt Lübeck unberücksichtigt.**
8. *„Die Förderungshöhe von max. 50.000,- € (unter Anrechnung evtl. Drittmittel!) sollte in Ausnahmefällen auch höher ausfallen können (so die Gesamtfördermittel nicht ausgeschöpft werden sollten!). Hierbei sind die kurze Antragsfrist zu bedenken und – wie angemerkt – mögliche Ausnahmefälle mit höherem Bedarf, die ja dann nach Ablauf der Antragsfrist und möglicherweise noch vorhandener Gelder in einem anschließenden Vorgang entschieden werden könnten. Dazu dürften die Mittel aber nicht verfallen.“*
- **In begründeten Einzelfällen darf die Förderungsgrenze von 50.000 € um bis zu 20 % (10.000 €) überschritten werden.**

9. *„Im Pkt. 10. des „Konzept des Kulturbüro“ wird gefordert, dass umgehend z.B. Fördermittel Dritter, Einnahmeänderungen oder Spenden mitzuteilen sind. Das kann entfallen, da sowieso ein Verwendungsnachweis zu erstellen und diese Posten aufzuführen wären.“*
- **Wenn im zu erstellenden Verwendungsnachweis tatsächlich pro forma Fördermittel Dritter aufzuführen sind, entfällt der zweite Absatz des Punkts 10 des Konzepts des Kulturbüros.**
10. *„Gänzlich fehlt ein Vermerk über „besonders unterstützungswürdige Einrichtungen“. Das zielt natürlich auf den Begriff „Ausnahmefälle“ ab, z.B. für Kinder- und Jugendtheater. Die Förderrichtlinien des Landes für freie Theater haben z.B. einen „Multiplikator“ (z.B. Faktor 2 für Kinder- und Jugendtheater) bei der Berechnung der Förder-summe. Dabei sollte bedacht werden, dass eben gerade in diesem Bereich die erzielbaren Einnahmen soz. „systemimmanent“ schon geringer sind aufgrund der üblicherweise deutlich niedrigeren Eintrittspreise.“*
- **Das Kulturbüro prüft analog zu Punkt 6 dieses Dokuments die Möglichkeit einer faktoriell-bemessenen Förderung besonders unterstützungswürdiger Einrichtungen.**
11. *„Die Theater wünschen sich schnelle Hilfe. Ein schnelles Auszahlungsverfahren ab August ohne Zweifel an der Integrität der Theater wäre hier wünschenswert. Nachweise können bis zu einer festzulegenden Frist (vgl. oben Pkt. 3 Verwendungsnachweis) nachgereicht werden. Schnelle Abschlagszahlungen sollten möglich sein, um wirklich auch schnell Hilfe zu leisten.“*
- **Die Hansestadt Lübeck gibt die Zahlungen nach Bearbeitung des jeweiligen Antrags und nicht erst nach Ende der Antragsfrist frei.**
12. *„Zur schnellen und effektiven Bearbeitung der eingehenden Anträge aus dem Bereich der freien Theater in der Hansestadt Lübeck, sollten Vertreter*innen aus der freien Theaterszene beratend für das Kulturbüro ein „Kompetenzgremium“ bilden. Detailkenntnis und Expertise würden alle Entscheidungen transparent und schnell kommunizierbar machen.“*

Wir widersprechen. Das Kompetenzgremium zur Beratung und Entscheidung der Anträge im Zweifelsfall bleibt der Arbeitskreis der kulturpolitischen Sprecher:innen der Fraktionen der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck.

Erledigt durch Beschlussfassung zu TOP 3.1.

zu 3.2	AUSTAUSCHVORLAGE: Vergabe der Beschaffung und Einrichtung von Endgeräten aus dem Sofortausstattungsprogramm "DigitalPakt 2" an die Trave-Kom
---------------	---

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Beschaffung, Einrichtung und Auslieferung von Endgeräten (iPads (Tablets) und Windows-Endgeräte) im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms DigitalPakt 2 in Form eines Inhousegeschäfts an die TraveKom Telekommunikationsgesellschaft mbH zu vergeben.

Frau Senatorin Weiher fasst abrißartig die Vorlage zusammen. Auf Nachfrage von AM Dagmar Hildebrand zur IT-Schulinfrastruktur und Homeschooling erklärt Frau Weiher, dass die Schulen in den letzten Jahren an das Netz angeschlossen worden sind und die Gestaltung des Homeschooling nicht in der Zuständigkeit der Kommune liegt. Die Bereitstellung eines WLAN-Anschlusses zuhause ist nicht im Warenkorb enthalten und bedarf einer Initiative des Landes und des Städtetages.

Bürgermeister Lindenau ergänzt, dass er ein Signal des Bundes und der Kultusministerkonferenz erwartet. Es wird hier von einem finanziellen Aufwand in Höhe von 100 Millionen Euro ausgegangen. Vorstellbar ist, dass eine Lösung vorliegt, wenn die Geräte ausgeliefert werden.

AM Thorsten Fürter fragt nach, warum gerade I pads und Windows-Notebooks beschafft werden und ob diese von Dataport bestellt werden? Wird private Struktur durch städtische Struktur ersetzt?

Dazu antwortet Senatorin Weiher: Die Geräte werden über die Travekom beschafft und konfiguriert ausgeliefert. Die Geräte von Dataport wären nicht konfiguriert. Die Konfiguration ist notwendig, um die Geräte in die Medienkonzepte der Schule einbinden zu können und die Datensicherheit sicherzustellen. Senatorin Weiher kündigt eine Vorlage für Support und Wartung der Schul-IT zur Augustsitzung der Bürgerschaft an.

Bürgermeister Lindenau erklärt auf Nachfrage von AM Thorsten Fürter den Begriff lightout-Management. Das ist für die Fernwartung, in welchem Zeitraum updates etc. durchgeführt werden. Er betont, dass es sich um Leihgeräte handelt. Über den Beschaffungsweg Travekom können mehr Geräte beschafft werden als über über Dataport, weil sie preisgünstiger sind und die Konfiguration enthalten ist. Der Bedarf würde über die Zahlen aus dem Bildungsfonds ermittelt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 4 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine Berichte und Vorlagen für den nichtöffentlichen Teil vorliegen und bedankt sich bei den Mitwirkenden.

zu 5 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18.52 Uhr die Sitzung. Die Anwesenden verlassen den Saal.

Nichtöffentlicher Teil:

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 7 Berichte

zu 8 Beschlussvorlagen

zu 9 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

zu 10 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 11. August 2020

Peter Petereit
Vorsitz

Oliver Groth
Protokollführung



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
36. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.08.2020	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:27 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dagmar Hildebrand - CDU		
David Jenniches - AfD		
Ulrich Krause - CDU		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur - CDU		
Thomas Rathcke - FDP		bis TOP 5.8 / 18:39 Uhr
Peter Reinhardt - SPD		
Bernhard Simon - CDU		
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen		
Katjana Zunft - DIE LINKE		
Thomas-Markus Leber - FDP		ab TOP 5.8 / 18:40 Uhr als Vetreterung für AM Rathcke
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL		
Beiratsmitglieder		
Götz Gebert - Seniorenbeirat		
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Verwaltung		

Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Tim Klüssendorf - 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Jörg Blank - 1.203-Beteiligungscontrolling	bis TOP 14.7 / 19:21 Uhr
Edgar Hamerich - Personalrat FB 1	bis TOP 5.8 / 18:40 Uhr
Manuel Hertz - FBC FB 2	bis TOP 14.7 / 19:08 Uhr
Björn Hoppe - 4.525 Lübecker Schwimmbäder	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 18:47 Uhr
Christian Martin Lukas - Lübeck und Travemünde Marketing GmbH	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 18:47 Uhr
Thomas Manke - Strategie und Innovation	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 18:47 Uhr
Aiko Wagner - FBC 4	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 18:47 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse -	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 18:47 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer -	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 18:47 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.06.2020	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 29.07.2020	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.08.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Bgm)	
3.2	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Durchsetzung von Corona-Maßnahmen	VO/2020/08938
3.2.1	Antwort auf Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Durchsetzung von Corona-Maßnahmen	VO/2020/08938-01
3.3	Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Anschaffung einer Autofähre durch den Stadtverkehr	VO/2020/09016
3.3.1	Antwort auf Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Anschaffung einer Autofähre durch den Stadtverkehr	VO/2020/09016-01
3.4	Anfrage des AM Detlev Stolzeberg: Abstimmung zwischen Mobilfunkanbietern und der Stadt zu Mobilfunkanlagen	VO/2020/09049
3.4.1	Antwort auf die Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Abstimmung zwischen Mobilfunkanbietern und der Stadt zu Mobilfunkanlagen	VO/2020/09076
3.5	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Innenstadtentwicklung	VO/2020/09051
3.5.1	Antwort auf Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Innenstadtentwicklung	VO/2020/09051-01
3.6	Anfrage AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kanalisation in der Sudetensiedlung	VO/2020/09068
3.6.1	Antwort auf die Anfrage AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Vorlage - VO/2020/09068: Kanalisation in der Sudetensiedlung	VO/2020/09127
3.7	Antwort auf mündliche Anfrage des AM Thomas Rathcke	VO/2020/09065

	(FDP) bzgl. der geplanten Aktivitäten der Hansestadt Lübeck zum Elbe-Lübeck-Kanal	
3.8	Anfrage AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verbot von Social-Media-Kanälen?	VO/2020/09216
3.9	Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Zukünftige Nutzung "Alte Schule Moisling" August-Bebel-Straße	VO/2020/09237
3.10	Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020	VO/2020/09241
3.11	NEU: mündl. Mitteilung des Vorsitzenden betr. Sitzungen des Hauptausschusses zum Haushalt 2021	
3.12	NEU: mündl. Mitteilung des Vorsitzenden zum erfolgten Quartalsgespräch der Fraktionsvorsitzenden	
3.13	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. die Einstellung der Beschlussvorlage zum Haushalt 2021 in ALL-RIS	
3.14	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung	
3.15	NEU: mündl. Anfrage des AM Leber (FDP) betr. die Einrichtung eines PopUp-Radweges in der Ratzeburger Allee am 28.08.2020	
3.16	NEU: mündl. Anfrage des AM Zunft (Die LINKE) betr. Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung	
3.17	NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) zum Fischsterben im Krähenteich und starken Bewuch der Wakenitz	
3.18	NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. den aktuellen Sachstand Karstadt	
3.19	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. Feuerwehrgerätehaus Kronsforde	
4	Berichte	
4.1	Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen	VO/2020/09069
4.2	Organisatorische Umsetzung des Rahmenkonzeptes Digitale Strategie	VO/2020/09004
4.3	Stärkung des Bereichs Informationstechnik als Basis für eine moderne, digitale Verwaltung	VO/2020/09005
4.4	Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neu-	VO/2020/09014

	bauten erhöhen	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Abberufung eines Rechnungsprüfers	VO/2020/09067
5.2	Bestellung eines Rechnungsprüfers	VO/2020/09115
5.3	Annahme einer Geldspende in Höhe von 198.000 € der Possehl-Stiftung Lübeck für das Projekt POP.UP STADT-KULTUR	VO/2020/08935
5.4	Fortschreibung des Touristischen Entwicklungskonzeptes für Lübeck.Travemünde bis zum Jahr 2030 (TEK)	VO/2020/08959
5.5	Masterplan Stadtentwässerung - Bedarf und Szenarien	VO/2020/08664
5.6	Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 95 d Abs. 1 GO in Vbg. mit § 4 der Haushaltssatzung zur Abrechnung von Straßenreinigungsgebühren für fiskalische Grundstücke und Allgemeines Interesse für das Jahr 2020	VO/2020/09058
5.7	Vorlage zur über- und außerplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Maßnahmen Oberschule zum Dom Erneuerung Chemie und Erneuerung Physik in Höhe von 464.955,74 Euro.	VO/2020/09121
5.8	Support und Wartung der IT-Infrastruktur an Lübecker Schulen	VO/2020/09089
5.9	Sonderhilfeprogramm für vereinsbetriebene Gemeinschaftshäuser in Stadtteilen und Kleingärten	VO/2020/09182
5.10	Änderung der Kranentgelte im Tarif für die Benutzung des Passathafens in Lübeck-Travemünde/Priwall vom 18.05.2017	VO/2020/09074
5.11	Sanierung des Sportbads St. Lorenz - SPORTBAD PLUS	VO/2020/09130
5.12	Projektfreigabe "Alte Turnhalle im Johanneum" - Erneuerung Sportboden, Modernisierung Hallenausstattung und Sanitärbereich Bei St. Johannis 1-3, 23552 Lübeck, über 175.000,00 Euro	VO/2020/08988
5.13	Freigabe zur Fortführung der Maßnahmen der Brandschutz- und Elektrosanierung im Liegenschaftsstandort E. Geibel-Schule über 175.000,00 EUR	VO/2020/09093
5.14	Beteiligung am Projektauftrag zum Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus": Neugestaltung der Beckergrube	VO/2020/09143
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	

8	Gleichstellung	
8.1	NEU: mündl. Terminmitteilung des Vorsitzenden für den 31.08.2020 betr. Kinderbetreuung und sexuelle Diskriminierung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU – TOP 3.8/VO 9216 Anfrage von AM Fürter betr. Verbot von Social-Media-Kanälen

NEU – TOP 3.9/VO 9237 Anfrage von AM Hildebrand betr. Zukünftige Nutzung „Alte Schule Moisling“ August-Bebel-Str.

NEU – TOP 3.10/VO 9241 Anfrage von AM Prieur betr. Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.4 zu.

Herr Senator Hinsin teilt zu TOP 14.5 mit, dass die Vorlage in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 18.08.2020 vertagt worden sei. Für den 18.09.2020 sei eine Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung unter Beteili-

gung der feuerwehrpolitischen Sprecher vorgesehen. Herr Senator Hinsen empfiehlt entsprechend die Vertagung der Vorlage in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses. Auf Anmerkung von AM Fürter teilt Herr Senator Hinsen weiterhin mit, dass es zur Einhaltung der Fristen im Vergabeverfahren ausreichend sei, den Hauptausschuss am 22.09.2020, sowie die Bürgerschaft am 24.09.2020 zu erreichen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung des TOP 14.5 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.6 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.7 zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.06.2020

AM Jenniches erläutert den Hintergrund seines Begehrens auf Aufnahme des Wortlautes seines Wortbeitrages zu TOP 7.2 der Sitzung des Hauptausschusses vom 23.06.2020.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 29.07.2020

Die Niederschrift liegt nicht zur Sitzung vor.

Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.08.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Bgm)

Herr Bürgermeister Lindenau berichtet, dass sich die Fallzahlen in der Hansestadt Lübeck derzeit auf einem niedrigen Niveau befinden. Aktuelle seien 19 Personen infiziert. Jedoch löse die Zahl der infizierten eine deutliche Mehrbelastung im Gesundheitsamt aus. Die Aufstockung des Personalbestandes für die Coronahotline sei vorgesehen.

Die derzeit gültige Allgemeinverfügung verliere zu Ende August ihre Gültigkeit. Die Aufrechterhaltung der Beschränkungen für den Drehbrückenplatz sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich. Für die Clemensstraße werde unter Beteiligung der ortsansässigen Gastronomen ein Konzept erarbeitet.

AM Rathcke berichtet von Personen, welche seit 14 Tagen auf ihr Testergebnis warten. Herr Bürgermeister Lindenau sagt die Prüfung des Einzelfalls zu.

Auf Nachfrage von AM Hildebrand teilt Herr Senator Schindler mit, dass derzeit davon ausgegangen werde, dass bis zum Herbst größtenteils die Nachholung aller coronabedingt ausgefallenen Schuleingangsuntersuchungen erfolgt sei.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Durchsetzung von Corona-Maßnahmen
Vorlage: VO/2020/08938

zu 3.2.1 Antwort auf Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Durchsetzung von Corona-Maßnahmen
Vorlage: VO/2020/08938-01

AM Rathcke äußert zu der vorliegenden Antwort folgende Nachfragen:

- In der Antwort auf Frage 1 bittet AM Rathcke um Benennung aktueller Zahlen
- Was sind die Gründe dafür, dass das Ordnungsamt am Dummersdorfer Ufer verstärkt im Einsatz war?
- Zu 3a) Wie viele Anträge wurden gestellt und innerhalb welchem Zeitraum erfolgt die Bearbeitung der Anträge?
- Zu 6) Wie sieht die Umsetzung in der Praxis aus? Erfolgt die Meldung über offizielle Formulare?

Herr Senator Hinsen sagt zu, die aktuellen Zahlen zur Antwort auf Frage 1 zu Protokoll nachzuliefern.

Nachtrag zu Protokoll:

Vom 01.07.2020 bis zum 21.09.2020 wurden 265 weitere Bußgeldbescheide erlassen mit Bußgeldforderungen von insgesamt 24.770 Euro.

Grund für einen verstärkten Einsatz am Dummersdorfer Ufer sei, dass dort gegrillt wurde.

Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet die Nachfragen 3 und 4 dahingehend, dass es sich bei der Beantragung von Telearbeit um einen fest hinterlegten Prozess laut der Geschäfts-

anweisung IT handle. Die genaue Zahl der Anträge auf Telearbeit sei derzeit nicht bekannt. Es handle sich um einen laufenden Prozess. Es sei aktiv aufgefordert worden, Telearbeit in Anspruch zu nehmen. Der Umfang der Telearbeit sei abhängig von der auszuübenden Tätigkeit.

Es sprechen AM Duggen und Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen):
Anschaffung einer Autofähre durch den Stadtverkehr
Vorlage: VO/2020/09016**

**zu 3.3.1 Antwort auf Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen):
Anschaffung einer Autofähre durch den Stadtverkehr
Vorlage: VO/2020/09016-01**

Auf Nachfrage von AM Stolzenberg teilt Herr Senator Schindler mit, dass die Anschaffung einer Leichtbaukonstruktion geprüft, jedoch aufgrund der dafür anfallenden hohen Kosten nicht weiter verfolgt worden sei.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 Anfrage des AM Detlev Stolzeberg: Abstimmung zwischen Mobilfunkanbietern und der Stadt zu Mobilfunkanlagen
Vorlage: VO/2020/09049**

zu 3.4.1 Antwort auf die Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Abstimmung zwi-

schen Mobilfunkanbietern und der Stadt zu Mobilfunkanlagen
Vorlage: VO/2020/09076

AM Stolzenberg äußert zu der vorliegenden Antwort folgende Nachfragen:

- Zu 1) Wer ist innerhalb der Verwaltung Ansprechpartner?
- Zu 2) Welche Forderungen sind Richtung Mobilfunkanbieter gerichtet worden?
- Zu 3) Wird ein Konzept nicht für notwendig angesehen?

Frau Senatorin Hagen beantwortet die Nachfragen wie folgt:

Ansprechpartner in der Verwaltung sei der Bereich Stadtplanung und Bauordnung. Von dort aus erfolge die Koordination der Anfragen.

Vorrangig erfolge eine Beratung der Mobilfunkanbieter.

Eine generelle konzeptionelle Festlegung werde als nicht hilfreich erachtet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.5 Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Innenstadtentwicklung
Vorlage: VO/2020/09051

zu 3.5.1 Antwort auf Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Innenstadtentwicklung
Vorlage: VO/2020/09051-01

Es sprechen AM Rathcke, Herr Bürgermeister Lindenau und erneut AM Rathcke.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.6 Anfrage AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kanalisation in der Sudetensiedlung
Vorlage: VO/2020/09068

**zu 3.6.1 Antwort auf die Anfrage AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Vorlage - VO/2020/09068: Kanalisation in der Sudetensiedlung
Vorlage: VO/2020/09127**

Herr Senator Hinsen teilt auf Nachfrage von AM Fürter zur Antwort 6 mit, dass die Herstellung der Vernetzung zwischen sämtlich erforderlichen Maßnahmen Hintergrund des Masterplanes sei.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.7 Antwort auf mündliche Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) bzgl. der geplanten Aktivitäten der Hansestadt Lübeck zum Elbe-Lübeck-Kanal
Vorlage: VO/2020/09065**

Eine Nachfrage von AM Rathcke betreffend potentielle Bemühungen Richtung Bund beantwortet Frau Senatorin Hagen dahingehend, dass in den entsprechenden Arbeitsgruppen ein stetiger Austausch stattfindet. Es spricht AM Rathcke.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.8 Anfrage AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verbot von Social-Media-Kanälen?
Vorlage: VO/2020/09216**

Es erfolgt eine mündliche Beantwortung der Anfrage durch Herrn Bürgermeister Lindenau.

Auf Nachfrage von AM Fürter betreffend eine mögliche Abstimmung in dieser Thematik mit anderen Städten, sowie die Auswirkung auf städtische Gesellschaften, teilt Herr Bürgermeis-

ter Lindenau weiterhin mit, dass es sich um eine Thematik handle, mit welcher sich noch nicht alle Städte auseinandersetzen.

Auswirkungen auf die Nutzung von Social-Media-Kanälen durch das Lübeck Travemünde Marketing (LTM) seien nicht zu befürchten, da es sich um eine Gesellschaft des privaten Rechts handle, für welche andere Grundlagen geregelt seien.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.9 Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Zukünftige Nutzung "Alte Schule Moising" August-Bebel-Straße
Vorlage: VO/2020/09237**

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.10 Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020
Vorlage: VO/2020/09241**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine Beantwortung der Anfrage im Rahmen der Präsentation zum Haushalt 2021 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08./09.09.2020 zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.11 NEU: mündl. Mitteilung des Vorsitzenden betr. Sitzungen des Hauptausschusses zum Haushalt 2021

- die Mitteilung erfolgt am Anfang des TOP 3 -

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020 den Haushalt 2021 als Schwerpunktthema habe, sowie am 09.09.2020 eine gemeinsame Sondersitzung des Hauptausschusses mit dem Bauausschuss, zum investiven Teil des Haushaltes 2020/1, stattfindet. Sitzungsbeginn ist jeweils um 16:30 Uhr.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.12 NEU: mündl. Mitteilung des Vorsitzenden zum erfolgten Quartalsgespräch der Fraktionsvorsitzenden

- die Mitteilung erfolgt im Anschluss der Mitteilung unter TOP 3.11 -

Der Vorsitzende berichtet von dem erfolgten Quartalsgespräch der Fraktionsvorsitzenden unter Teilnahme von Herrn Bürgermeister Lindenau, sowie den Senator:innen. Thema sei unter anderem die Möglichkeit der besseren Organisation der Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und der Verwaltung, sowie die Einhaltung der Zuständigkeitsordnung gewesen. Vorgesehen sei zukünftig Anträge und Anfragen den entsprechenden Fachausschüssen zuzuordnen. Derzeit erfolge die Abstimmung des möglichen Vorgehens.

Es sprechen AM Fürter und der Vorsitzende.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 3.13 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. die Einstellung der Beschlussvorlage zum Haushalt 2021 in ALLRIS

Auf Nachfrage des AM Rathcke teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Einstellung der Beschlussvorlage zum Haushalt 2020 in ALLRIS für den 01.09.2020 vorgesehen ist.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

AM Prieur teilt mit, davon Kenntnis erlangt zu haben, dass Entscheidungen nicht satzungsgemäß getroffen werden (Ablehnung von Gewerbe). Frau Senatorin Hagen sagt eine Klärung zu.

zu 3.14 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.15 NEU: mündl. Anfrage des AM Leber (FDP) betr. die Einrichtung eines PopUp-Radweges in der Ratzeburger Allee am 28.08.2020

AM Leber teilt mit, den Medien entnommen zu haben, dass für Freitag den 28.08.2020 die Errichtung eines PopUp-Radweges in der Ratzeburger Allee geplant sei und bittet hierzu um genauere Informationen.

Eine Nachfrage bei der Polizei habe nach Aussage von Herrn Lindenau ergeben, dass eine Versammlung von 15 bis 20 Personen angemeldet sei, welche vorsehen über einen längeren Zeitraum mit dem Fahrrad auf der Straße auf und ab zu fahren.

Es sprechen im weiteren Verlauf Frau Senatorin Hagen, Herr Bürgermeister Lindenau, AM Leber, Herr Senator Hinsen, der Vorsitzende und erneut Frau Senatorin Hagen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.16 NEU: mündl. Anfrage des AM Zunft (Die LINKE) betr. Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung

AM Zunft bittet um Mitteilung, ob mittlerweile gegen die illegale Ferienvermietung von Ganghäusern vorgegangen werde.

Es spricht Frau Senatorin Hagen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine Beantwortung zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses erfolgen werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.17 NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) zum Fischsterben im Krähenteich und starken Bewuch der Wakenitz

AM Dr. Flasbarth bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- Ist das Fischsterben im Krähenteich, sowie der starke Bewuchs der Wakenitz auf den erhöhten Nitratgehalt im Wasser zurückzuführen?
- Was unternimmt die Stadt dagegen?
- Was würde der Hansestadt Lübeck ein Aktionsprogramm kosten?

Herr Senator Hinsen sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Es spricht AM Zunft.

Herr Bürgermeister Lindenau verweist hierzu auf bereits mehrere vorhandene Vorlagen in ALLRIS zu dieser Thematik

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.18 NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. den aktuellen Sachstand Karstadt

AM Reinhardt bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes betreffend die drohende Schließung des Warenhauses Karstadt.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass es keinen neuen Sachstand gebe. In der kommenden Woche findet eine Gläubigerversammlung statt.

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth, wann die letzten Gespräche erfolgt seien, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass mehrere Telefonkonferenzen durchgeführt worden seien. Zudem habe Herr Bürgermeister Lindenau Kontakt zu den Eigentümern des Karstadt-Gebäudes aufgenommen. Eine Reaktion stehe noch aus.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.19 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. Feuerwehrgerätehaus Kronsforde

AM Rathcke bittet darum, dass der geplante Neubau des Feuerwehrgerätehauses Kronsforde zur Chefsache ernannt werde. Herr Bürgermeister Lindenau sieht hierfür keinen Anlass.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VO/2020/09069**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Organisatorische Umsetzung des Rahmenkonzeptes Digitale Strategie
Vorlage: VO/2020/09004**

Auf Nachfrage von AM Rathcke, warum bei der Stadtverwaltung ein personeller Aufwuchs bei gleichzeitiger Aufgabenausgliederung erfolgt, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass dies auf das digitale Rahmenkonzept zurückzuführen sei. Genaueres hierzu sei dem Bericht zu entnehmen.

Auf weitere Nachfrage von AM Rathcke führt Herr Bürgermeister Lindenau aus, dass eine Gesamtsumme der Kosten für die digitale Strategie derzeit nicht zu beziffern sei. Möglich sei die Bezifferung der jeweiligen Kosten für die nächsten Schritte. Eine Vorlage für jedes Projekt mit den einzelnen Kosten werde jeweils vorbereitet.

Es sprechen im weiteren Verlauf AM Dr. Flasbarth, Herr Bürgermeister Lindenau.

Auf Nachfrage von AM Stolzenberg teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass vorgesehen sei, die vollständige Leistungsfähigkeit der Stabstelle DOS im Jahr 2021 zu erreichen.

Eine Nachfrage von AM Fürter betreffend das Fördermittelmanagement beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass dieses ausschließlich auf die Digitalisierung begrenzt sei, jedoch sämtliche Aufgabenbereiche der Verwaltung betreffen könne.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Stärkung des Bereichs Informationstechnik als Basis für eine moderne, digitale Verwaltung
Vorlage: VO/2020/09005**

Es sprechen AM Dr. Flasbarth und Herr Bürgermeister Lindenau.

Beschluss:

Zwischenergebnis des Projektes Organisationsberatung Informationstechnik (Projekt Orbit)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.4 Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neubauten erhöhen
Vorlage: VO/2020/09014**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Abberufung eines Rechnungsprüfers
Vorlage: VO/2020/09067**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Bestellung des Rechnungsprüfers Michael Bender wird gem. § 115 Abs.2 GO zum 01.07.2020 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 Bestellung eines Rechnungsprüfers
Vorlage: VO/2020/09115

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Bestellung eines Rechnungsprüfers

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Annahme einer Geldspende in Höhe von 198.000 € der Possehl-Stiftung
Lübeck für das Projekt POP.UP STADTKULTUR**
Vorlage: VO/2020/08935

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Spende der Possehl-Stiftung in Höhe von 198.000 € wird angenommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Fortschreibung des Touristischen Entwicklungskonzeptes für
Lübeck.Travemünde bis zum Jahr 2030 (TEK)**
Vorlage: VO/2020/08959

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Es wird empfohlen, das beigefügte „Touristische Entwicklungskonzept Lübeck.Travemünde 2030“ (TEK) künftig als verbindliche Handlungs- und Entscheidungsgrundlage für tourismus-spezifische Entwicklungen in Lübeck und Travemünde bereichs- und institutionenübergreifend anzuerkennen. Denn die stringente Umsetzung des TEK führt dazu, dass das Wirt-

schaftscluster Tourismus systematisch aufgebaut und nachhaltig für den Standort in Wert gesetzt wird. Die Anerkennung des TEK über einen positiven Beschluss in der Bürgerschaft ist zudem eine Vorgabe des Landes und stellt die Grundvoraussetzung dar, um Fördermittel in Anspruch nehmen bzw. beantragen zu können.

Aus diesen Gründen wird empfohlen, die Bürgerschaft möge beschließen, dass

1. die im TEK Lübeck.Travemünde 2030 formulierte Vision und Strategie sowie das strategische Handlungskonzept ab 2021 als verbindliche gesamtstädtische Handlungs- und Entscheidungsgrundlage gilt;
2. die zur Umsetzung des Handlungskonzeptes ab 2021 erforderlichen Ressourcen innerhalb der haushälterischen Vorgaben bereichsspezifisch geordnet werden;
3. für die ganzheitliche und umfassende Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen mit Federführung bei der LTM ist eine strukturelle Erhöhung des Zuschusses der Gesellschaft zu erwirken. Im Impulsjahr 2021 sind dies 558.000,00 EUR. Die Akquisition von Drittmitteln ist zu stärken (s. Tabelle Anlage 6 – Finanzielle Auswirkungen).

Signifikante Fortschritte in der nachhaltigen Lenkung und aktiven Ausgestaltung der Tourismusentwicklung sind nur mit einer Ressourcenaufstockung im Sinne einer Investition in eine der Leitbranchen der Stadt zu erreichen.

Das vollständige TEK für Lübeck und Travemünde ist Bestandteil dieser Vorlage und befindet sich in Anlage 1 (die dazugehörigen Teilkapitel befinden sich in Anlage 2 – 5). In der Begründung erfolgt eine Zusammenfassung zur Vorgehensweise bei der Erarbeitung und den wesentlichen Inhalten gegeben.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.5 Masterplan Stadtentwässerung - Bedarf und Szenarien Vorlage: VO/2020/08664
--

Auf Nachfrage von AM Stolzenberg betreffend eine Beschleunigung der Sanierungsmaßnahmen bei Erhöhung der finanziellen Mitteln führt Herr Senator Hinsen erläuternd aus, dass neben finanziellen Mitteln auch Personal zur Umsetzung des Masterplanes Stadtentwässerung erforderlich sei. Nach Abwägung verschiedener Gesichtspunkten sei man zu Szenario C gelangt. Bei einer Erhöhung der finanziellen Mitteln sei eine Umsetzung der Szenarien C, D und E denkbar.

Beschluss:

1. Der Masterplan Stadtentwässerung - Teil 1 - Bedarf und Szenarien - wird als strategischer Handlungsleitfaden beschlossen. Die EBL werden mit der Umsetzung beauftragt.
2. Der Masterplan ist regelmäßig fortzuschreiben. Dabei ist ein wesentliches Ziel, die Mischwasserfreiheit zu beschleunigen und die Stadtentwicklung zu ermöglichen. Dazu sind jährlich die geplanten kurz, mittel- und langfristigen Baumaßnahmen zu definieren bzw. zu aktualisieren und mit den betroffenen städtischen Bereichen bzw. Gesellschaften abzustimmen.
3. Der Masterplan hat die folgenden vordringlichen Ziele:
 - a. Schnellstmögliche substanzielle Reduzierung von Schmutzwassereinträgen in Gewässer bis hin zur Mischwasserfreiheit,
 - b. Sanierung und Umbau der Anlagen der Stadtentwässerung nach dem Stand der Technik, soweit erforderlich,
 - c. uneingeschränkte Handlungsfähigkeit der Hansestadt auf dem Gebiet der Stadtentwicklung,
 - d. angemessene und stetige Gebührenentwicklung.
4. Zur Erreichung der Ziele des Masterplans wird das durchschnittliche jährliche Investitionsvolumen (entspricht Gesamtkosten nach Anlage 1 Kapitel 2.3) der Stadtentwässerung schrittweise auf ein Zielvolumen von dauerhaft bis zu 30 Mio. EUR (zuzüglich allgemeine Preissteigerungen) erhöht. Dies entspricht dem Umsetzungsszenario C des Masterplans.

5. Die nach derzeitigem Kenntnisstand erforderlichen Finanzmittel und Personalressourcen zur Umsetzung des Szenarios C werden zur Kenntnis genommen. Die jährliche Planung und Festlegung der Ressourcen erfolgt weiterhin wie bisher über die jährlichen Wirtschaftspläne der EBL.
6. Über die aus dem Masterplan und seinen Fortschreibungen abgeleiteten Maßnahmen ist regelmäßig im Werkausschuss der EBL zu berichten.
7. Um gebührensteigernde Effekte zu dämpfen, schöpfen die EBL Kostensenkungspotenziale aus und, soweit möglich, werden sowohl technische als auch betriebswirtschaftliche Alternativen zur Optimierung betrachtet.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.6 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 95 d Abs. 1 GO in Vbg. mit § 4 der Haushaltssatzung zur Abrechnung von Straßenreinigungsgebühren für fiskalische Grundstücke und Allgemeines Interesse für das Jahr 2020
Vorlage: VO/2020/09058

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Zum Ausgleich der Abrechnung von Straßenreinigungsgebühren der Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) für fiskalische Grundstücke und Allgemeines Interesse für das Jahr 2020 werden im Haushaltsjahr 2020 auf dem Produktsachkonto 545001000.5455000 – Erstattung von Aufwendungen von verbundenen Unternehmen 275.000,- Euro überplanmäßig bewilligt.

Die Deckung der überplanmäßig bewilligten Haushaltsmittel erfolgt aus den Produktsachkonten 122003000.5271007 – Ordnungsamt, Aufwendungen für Ersatzvornahmen u. Maßnahmen der Gefahrenabwehr in Höhe von 100.000,- Euro und 122003000.5431003 - Ordnungsamt, Bürobedarf in Höhe von 175.000,- Euro.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7 Vorlage zur über- und außerplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Maßnahmen Oberschule zum Dom Erneuerung Chemie und Erneuerung Physik in Höhe von 464.955,74 Euro.
Vorlage: VO/2020/09121**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Bürgerschaft stellt für die Maßnahme Gymnasium/OzD Erneuerung Chemieraum (PSK 217001 120 7831/7832/7851) sowie für die Maßnahme Gymnasium/OzD Erneuerung Physik (PSK 217001 121 7831/7832/7851) über- und außerplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 464.955,74 Euro gemäß §95d(1) GO im Haushaltsplan 2020 bereit.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.8 Support und Wartung der IT-Infrastruktur an Lübecker Schulen
Vorlage: VO/2020/09089**

Es sprechen AM Fürter, AM Prieur, AM Simon, AM Duggen, erneut AM Fürter und Herr Bürgermeister Lindenau.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die TraveKom in Form eines Inhousegeschäfts gemäß der Eckpunkte Ziff. 1-4 (Anlage „Eckpunkte Vereinbarung TraveKom und Hansestadt Lübeck“) mit einer mit der TraveKom noch zu schließenden Vereinbarung zu Wartung und Support der IT-Infrastruktur an Lübecker allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie zu Dienstleistungen für die Bereitstellung einer Videokonferenzlösung (Big Blue Button) für Lübecker allgemeinbildende und berufliche Schulen zu beauftragen.
2. Erforderliche Haushaltsmittel zur Bereitstellung der Support- und Wartungsinfrastruktur der Schul-IT sowie zur Bereitstellung der Videokonferenzlösung sind bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.9 Sonderhilfeprogramm für vereinsbetriebene Gemeinschaftshäuser in Stadtteilen und Kleingärten
Vorlage: VO/2020/09182**

Es sprechen AM Prieur und Herr Bürgermeister Lindenau.

AM Dr. Flasbarth beantragt, in dem anliegenden Konzept unter Punkt 4 „Zuschusshöhe“ den dritten Absatz zu streichen.

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass bei Streichung des genannten Absatzes die Grundlage für die Antragsberechtigung fehlen würde.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von AM Dr. Flasbarth abstimmen.

***Der Hauptausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich
(1 Ja-Stimme, 4 Enthaltungen, 10 Nein-Stimmen)***

ab.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Corona-Sonderhilfeprogramm der Hansestadt Lübeck für vereinsbetriebene Gemeinschaftshäuser gem. Anlage 1 umzusetzen.
2. Es wird ein Betrag von bis zu 500.000 EUR aus dem von der Bürgerschaft am 26.03.2020 beschlossenen Rettungsschirm (VO/2020/08831) zur Linderung finanzieller Schäden, die im Zusammenhang mit COVID-19 entstanden sind, bewilligt und zur Verfügung gestellt.
3. Die Antragsfrist endet am 30.09.2020. Der Verwendungsnachweis ist bis zum 03.06.2021 einzureichen.

Dem Hauptausschuss wird nach Abschluss des Antrags- und Bewilligungsverfahrens über den Umfang der beantragten und gewährten Hilfen berichtet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung Ohne Votum	

**zu 5.10 Änderung der Kranentgelte im Tarif für die Benutzung des Passathafens in Lübeck-Travemünde/Priwall vom 18.05.2017
Vorlage: VO/2020/09074**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Zum 01.09.2020 wird der §6 Abs. 1 des Tarifs für die Benutzung des Passathafens in Lübeck-Travemünde / Priwall vom 19.06.2017 wie folgt geändert:

**§ 6
Kranbenutzung, Benutzung des Waschplatzes, der Slipanlage,
der Fäkalienentsorgungsanlage**

- (1) Für die Benutzung des Derrick-Kranes werden folgende Entgelte erhoben:
 Schiffe bis 1 Tonne Gewicht **Euro 35,00**
 Schiffe über 1 Tonne bis 2 Tonnen Gewicht **Euro 70,00**
 Schiffe über 2 Tonnen bis 4 Tonnen Gewicht **Euro 106,00**
 Schiffe über 4 Tonnen bis 6 Tonnen Gewicht **Euro 140,00**
 Schiffe über 6 Tonnen bis 8 Tonnen Gewicht **Euro 175,00**
 Schiffe über 8 Tonnen bis 10 Tonnen Gewicht **Euro 210,00**

Sportvereine, die den Derrick-Kran mindestens 1 Stunde zusammenhängend in Anspruch nehmen, entrichten ein Entgelt von **Euro 265,00** je Stunde.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.11 Sanierung des Sportbads St. Lorenz - SPORTBAD PLUS
Vorlage: VO/2020/09130

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Die Werkleitung der Lübecker Schwimmbäder wird beauftragt, die für die Sanierung des Sportbads St. Lorenz erforderlichen Planungen voranzutreiben. Unter dem Arbeitstitel SPORTBAD PLUS ist ein Architekturbüro auszuwählen, welches für das Sanierungsprojekt sowohl die Projektsteuerung (Ausschreibung, LV, Abwicklung) als auch die Planentwicklung komplett begleitet.
2. Planungsmittel sowie Mittel zur Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen werden im Wirtschaftsplan der Lübecker Schwimmbäder geordnet. Hierzu werden im Wirtschaftsplan 2021 zunächst 100 TEUR veranschlagt. Die Deckung der Planungsmittel erfolgt aus Eigenmitteln der Lübecker Schwimmbäder.
3. Die endgültige Entscheidung, ob und wenn ja in welcher Art und Güte die Sanierungsarbeiten zur Ausführung kommen sollen, erfolgt nach Vorliegen der Planungsunterlagen. Die Beratung sowie Beschlussfassung erfolgt dann in der Bürgerschaft nach Vorberatung in den Fachausschüssen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.12 Projektfreigabe "Alte Turnhalle im Johanneum" - Erneuerung Sportboden, Modernisierung Hallenausstattung und Sanitärbereich
Bei St. Johannis 1-3, 23552 Lübeck, über 175.000,00 Euro
Vorlage: VO/2020/08988

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Erteilung der Projektfreigabe für die Baumaßnahme „Alte Turnhalle im Johanneum“ – Erneuerung Sportboden, Modernisierung Hallenausstattung und Sanitärbereich“ auf der Grundlage der eingereichten und vorliegenden EW-Bau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.13 Freigabe zur Fortführung der Maßnahmen der Brandschutz- und Elektrosanierung im Liegenschaftsstandort E. Geibel-Schule über 175.000,00 EUR
Vorlage: VO/2020/09093

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Fortsetzung der Maßnahme „Brandschutz- und Elektrosanierungen der E. Geibel-Schule“ infolge Mehrkosten in Höhe von 480.000,00 EUR wird freigegeben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.14 Beteiligung am Projektauftrag zum Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus": Neugestaltung der Beckergrube
Vorlage: VO/2020/09143

dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt -

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8 Gleichstellung

zu 8.1 NEU: mündl. Terminmitteilung des Vorsitzenden für den 31.08.2020 betr. Kinderbetreuung und sexuelle Diskriminierung

Der Vorsitzende erinnert an den für Montag der 31.08.2020 anberaumten Termin zur Diskussion über die Themen „Kinderbetreuung im Rathaus“ und „sexuelle Diskriminierung“. Jede Fraktion wird gebeten zwei Personen möglichst in gendergerechter Auswahl zu dem Termin zu entsenden.

Frau Sasse ist zur Teilnahme gerne Willkommen. Es spricht AM Schopenhauer.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:47 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 18:49 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt wurden.

Lübeck, den 22. September 2020

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung



NIEDERSCHRIFT

(öffentlicher Teil)

37. Sitzung des Hauptausschusses - Haushaltsberatung

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.09.2020	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	20:19 Uhr	
Sitzungsort:	Strandhotel - MARITIM, Trelleborgallee 2, Travemünde	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Birte Duggen	
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dagmar Hildebrand - CDU		
David Jenniches - AfD		
Ulrich Krause - CDU		
Ragnar Harald Lüttke - DIE LINKE		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur - CDU		
Thomas Rathcke - FDP		
Peter Reinhardt - SPD		
Bernhard Simon - CDU		
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL		
Beiratsmitglieder		
Götz Gebert - Seniorenbeirat	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:06 Uhr	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Jörn Puhle - SPD		

Tim Alexander Reclam - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
1. Stellv. Stadtpräsident Klaus Puschadel - CDU	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Jörg Blank - 1.203-Beteiligungscontrolling	
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Marion Höfs - FBC FB 4	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:06 Uhr
Thomas Manke - Strategie und Innovation	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:06 Uhr
Markus Toll - FBC FB 5	
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:06 Uhr
Aiko Wagner - FBC FB 4	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:06 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse -	
Zuhörerinnen und Zuhörer -	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.08.2020	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.07.2020	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Haushalt 2021	VO/2020/09154
3.2	Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2021	VO/2020/09072
3.3	Haushaltsplanung der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2021	VO/2020/09106
3.4	Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2021	VO/2020/09175
3.5	Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2021	VO/2020/09092
3.6	Wirtschaftsplan 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)	VO/2020/09140
3.7	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2019	VO/2020/09171
3.8	2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014	VO/2020/09090
3.9	Beteiligung am Projektauftrag zum Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus": Neugestaltung der Beckergrube	VO/2020/09143
3.10	Skandinavienkai, LED-Beleuchtung, Ersatz von drei Hochmasten	VO/2020/09012
4	Berichte	
4.1	2. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck	VO/2020/09222
5	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	

5.1	Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Landesverordnung zum Badeverbot in der Trave aus dem Jahr 1978	VO/2020/09066
5.1.1	Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Landesverordnung zum Badeverbot in der Trave aus dem Jahr 1978	VO/2020/09066-01
5.2	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth: Zugangsbeschränkung Clemensstraße und Drehbrückenplatz	VO/2020/09123
5.2.1	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth: Zugangsbeschränkung Clemensstraße und Drehbrückenplatz	VO/2020/09123-01
5.3	Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Einnahmen aus Ablösebeiträgen erforderlicher Stellplätze	VO/2020/08991
5.3.1	Antwort auf die Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Einnahmen aus Ablösebeiträgen erforderlicher Stellplätze	VO/2020/09198
5.4	Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020	VO/2020/09241
5.5	AM Oliver Prieur (CDU): Anfrage zu VO/2020/09090 - 2.Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014	VO/2020/09283
5.6	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Höhe der nicht anzeigepflichtigen Haushaltsmittel	VO/2020/09294
5.7	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Defizite und Entgeltsteigerungen der städtischen SeniorInneneinrichtungen (SIE)	VO/2020/09298
5.8	NEU: mündl. Anfrage von AM Hildebrand (CDU) betr. den Sachstand zur Anfrage Hansemuseum und Alte Stadtschule Moisling	
5.9	NEU: mündl. Anfrage von AM Rathcke (FDP) betr.den Sachstand zur Anfrage Fraktionszuwendungen	
5.10	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. den Betrieb der Fähre Nordermole	
5.11	NEU: mündl. Anfrage AM Prieur (CDU) betr. Priwallpromenade / Beteiligung der Bürgerschaftsmitglieder an offiziellen Anlässen	
5.12	NEU: mündl. Anfrage AM Prieur (CDU) betr. Sachstand	

	städtebaulicher Wettbewerb auf dem ehemaligen Schlachthofgelände	
5.13	NEU: mündl. Antwort auf mündl. Nachfrage in der Sitzung des HA am 25.08.2020 zur Umsetzung der Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass alle im Sitzungssaal anwesenden Personen aufgrund der aktuell geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Coronapandemie verpflichtet sind, Ihre Kontaktdaten zu hinterlassen. Hierfür liegen auf jedem Tisch entsprechende Zettel aus. Es wird darum gebeten, diese ausgefüllt beim Verlassen der Sitzung in das dafür am Ausgang bereitgestellte Behältnis zu stecken.

Der Vorsitzende weist ferner darauf hin, dass im gesamten Hotelbereich eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen ist. Sobald ein Sitzplatz eingenommen wurde, können die Mund-Nasen-Bedeckungen abgenommen werden. Bei einem Redebeitrag ist die Mund-Nasen-Bedeckung auf dem Weg vom Sitzplatz zum Rednerpult/Mikrofon zu tragen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage unter TOP 5.4/VO 9241 in der morgigen Sitzung erfolgt, da sich die Fragen überwiegend auf Investitionen beziehen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 5.5/VO 9283	Anfrage von AM Prieur betr. 2.Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014
TOP 5.6/VO 9294	Anfrage von AM Rathcke zur Höhe der nicht anzeigepflichtigen Haushaltsmittel
TOP 5.7/VO 9298	Anfrage von AM Dr. Flasbarth betr. Defizite und Entgeltsteigerungen der städtischen SeniorInneneneinrichtungen (SIE)

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass TOP 3.8 VO 9090 2.Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014

In der Sitzung des Bauausschusses vertagt wurde bis zum 21.09..

Der Vorsitzende beantragt entsprechend die Vertagung auch in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung des TOP 3.8 zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass TOP 3.9 VO 9143 Beteiligung am Projektauftrag zum Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“: Neugestaltung der Beckergrube in der Sitzung des Bauausschusses mit einer Ergänzung beschlossen wurde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.3 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.08.2020

Die Niederschrift liegt nicht zur Sitzung vor.

Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.07.2020

Die Niederschrift liegt nicht zur Sitzung vor.

Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück..

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Haushalt 2021
Vorlage: VO/2020/09154**

Herr Bürgermeister Lindenau gibt einleitende Worte zum Gesamthaushalt.

Zum weiteren Vorgehen bezüglich der Vorstellung und Beratung des Haushaltes teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, das zunächst die Vorstellung inklusive Fragenblock des Gesamthaushaltes vorgesehen ist. Im Anschluss erfolgt die Vorstellung inklusive Fragenblock der relevanten Teile der einzelnen Fachbereiche.

Gesamthaushalt:

Anhand der dieser Niederschrift als Anlage beigefügten ppt.-Präsentation gibt Herr Lindenau einen Überblick über die Finanzentwicklung, sowie die Haushaltssituation der Hansestadt Lübeck.

Herr Uhlig übernimmt das Wort und erläutert – ebenfalls anhand der als Anlage beigefügten ppt.-Präsentation – weitere Themenaspekte zum Gesamthaushalt.

Fragen zum Gesamthaushalt:

Auf Nachfrage von AM Fürter teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass grundsätzlich die Möglichkeit bestehe für ein definiertes Schwerpunktthema ein Budget im Haushalt zu hinterlegen.

Eine weitere Nachfrage von AM Fürter betreffend die Mehrkosten für die zusätzlich geschaffenen 462 Stellen beantwortet Herr Uhlig dahingehend, dass sich pauschal nicht beantworten lasse, in welcher Höhe die Mehrkosten bestehen. Eine durchschnittliche Ermittlung der Stellenkosten entspreche aufgrund unterschiedlicher Eingruppierungen nicht den tatsächlichen Kosten.

AM Fürter verweist auf eine Kostensteigerung im Produkt Jugendhilfe – Mieten und Pachten um 42% im Vergleich zum Jahr 2019. Er bittet um eine Auflistung der wesentlichen Kostenfaktoren in diesem Produkt. Eine Auflistung im Nachgang der Sitzung wird zugesagt.

Herr Müller kritisiert, dass keine Mittel für das neue Integrationskonzept eingestellt worden seien. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass das Integrationskonzept viele Querschnittsaufgaben betreffe und eine Finanzierung somit aus unterschiedlichsten Produkten erfolge. Im Vorgriff auf mögliche Beschlüsse sei es jedoch nicht möglich ein Budget zur Verfügung zu stellen.

AM Dr. Flasbarth bittet um Mitteilung, wie viele zusätzliche Stellen für die Bürgerservicebüros aufgebaut wurden, im Vergleich zu früher, als die Aufgabe noch zentralisiert war. Eine Beantwortung im Nachgang zur Sitzung wird zugesagt.

Eine weitere Nachfrage von AM Dr. Flasbarth beantwortet Herr Uhlig dahingehend, dass eine Bettensteuer als Kompensation für Konsolidierungsmaßnahmen dienen könnte.

AM Rathcke bittet für das kommende Jahr um eine rechtezeitigere Bereitstellung des Haushaltes zur Einsicht.

Herr Bürgermeister Lindenau erläutert weitere Nachfragen von AM Rathcke dahingehend, dass unter anderem das neue Kitagesetz, die Betreuung an Grundschulen, sowie der zusätzliche Bedarf im IT-Bereich einen zusätzliche Personalbedarf ausgelöst haben.

Herr Uhlig erläutert auf Nachfrage von AM Prieur betreffend die Abbildung der coronabedingten Risiken auf der Einnahmeseite der Beteiligungsgesellschaften, dass große Ertragspositionen, wie zum Beispiel die Gewerbesteuer, sowie der Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer nicht mehr eine so große Steigerung erfahren, wie in den letzten Jahren.

Weiterhin führt Herr Uhlig auf Nachfrage von AM Prieur aus, dass die Erstellung eines ersten kommunalen Gesamtabschlusses zum 30.09. kommenden Jahres vorgesehen sei.

Auf Nachfrage von AM Jenniches teilt Herr Uhlig mit, dass die Einarbeitung der neuen, für übermorgen erwartete Steuerschätzung in den Haushalt nicht vorgesehen sei.

Eine Nachfrage von AM Stolzenberg betreffend die finanziellen Auswirkungen durch die 146 neuen Stellen, beantwortet Herr Uhlig dahingehend, dass mit einer Besetzung der Stellen zur Jahresmitte gerechnet werde, dementsprechend die Anrechnung zur Hälfte erfolge. Die in den letzten Jahren ausgeschriebenen Stellen wurden nahezu alle besetzt.

Herr Bürgermeister Lindenau beantwortet eine weitere Nachfrage von AM Stolzenberg dahingehend, dass zur Vorbereitung auf die Verrentungen der nächsten Jahre es jetzt gelte die Prozesse zu verändern. Hierzu diene unter anderem die Einrichtung der Stabstelle DOS.

Planungen des Fachbereiches 1:

Herr Uhlig erläutert anhand der ppt.-Präsentation die Planungen für den Fachbereich 1.

Fragen zum Fachbereich 1:

Herr Bürgermeister Lindenau teilt auf Nachfrage von AM Fürter mit, dass für die Umsetzung des durch den Landtag beschlossenen Gesetzes zur Durchführung von Videositzungen keine zusätzlichen Mittel im Haushalt 2021 einzustellen seien, da diese bereits im Haushalt 2020 geordnet seien.

Planungen des Fachbereiches 2:

Herr Uhlig erläutert anhand der ppt.-Präsentation die Planungen für den Fachbereich 2.

Fragen zum Fachbereich 2:

Auf Nachfrage von Herrn Müller führt Herr Senator Schindler erläuternd aus, dass die Organisation des Personals für den Aufgabenbereich Bildung und Teilhabe durch das Jobcenter erfolge.

Herr Müller bittet um Mitteilung, warum in dem Produkt Bildung und Teilhabe des FB 2 weniger Personal für die Bearbeitung einer steigenden Anzahl von Anträgen eingeplant ist. Eine Beantwortung wird im Nachgang der Sitzung zugesagt.

Herr Müller regt die Einführung eines Produktes „Hilfe zur Pflege“ im FB 2 an.

Planungen des Fachbereiches 3:

Herr Uhlig erläutert anhand der ppt.-Präsentation die Planungen für den Fachbereich 2.

Fragen zum Fachbereich 2:

Es werden keine Fragen gestellt.

Planungen des Fachbereiches 4:

Herr Uhlig erläutert anhand der ppt.-Präsentation die Planungen für den Fachbereich 4.

Fragen zum Fachbereich 4:

Auf Nachfrage von Herrn Müller teilt Herr Uhlig mit, dass nicht vorgesehen sei, die hohe Anzahl der Stellenvakanzen weiterhin so fortzuführen.

Auf Nachfrage von AM Stolzenberg teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die zusätzliche Stelle im Bereich Archäologie und Denkmalpflege für die Denkmalpflege geschaffen werde. Hierzu erfolge eine Stellenverlegung von der Archäologie zur Denkmalpflege.

Auf Anmerkung von AM Dr. Flasbarth betreffend die Verdopplung des Budgets im Bereich der Grundschulen, führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass die im vergangenen Jahr vorgenommenen Pauschalkürzungen lediglich die großen Produkte betraf. Für den Haushalt 2021 sei eine Betrachtung der einzelnen Produkte erfolgt.

Planungen des Fachbereiches 5:

Herr Uhlig erläutert anhand der ppt.-Präsentation die Planungen für den Fachbereich 2.

Fragen zum Fachbereich 5:

AM Fürter bittet um genauere Ausführungen zu den fünf geplanten Stellen „Verkehrswende“. Frau Senatorin Hagen führt erläuternd aus, dass es sich nicht um fünf Stellen „Verkehrswende“ handle, sondern um fünf zusätzliche Stellen für den Bereich Stadtplanung und Bauordnung. Im Einzelnen handelt es sich um:

- 1 Verwaltungskraft für Digitalisierung, Gesundheitsschutz und Arbeitsschutz
- 1 Stelle für die Verkehrswende
- 1 weiteren Stadtplaner:in für B-Planaufstellungen
- 1 Sachgebietsleitung in der Bauaufsicht
- 1 Stelle setzt sich aus freien Stellenanteilen mehrerer unterschiedlicher Stellen zusammen

Auf Anregung von AM Prieur mehr Stellen für das Aufgabengebiet der B-Planungen zu fordern, teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass es sich um eine gute Einschätzung handle, dass die Ausstattung mit einer zusätzlichen Stelle auskömmlich sei.

Auf Nachfrage von AM Rathcke, wann mit einem Haushalt zu rechnen sei, welcher bedingt durch den Mehrwert der Digitalisierung keine zusätzlichen Stellen fordere, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass dies vermutlich vier bis fünf Jahre dauert. Zwei Drittel der zusätzlichen Stellen seien aufgrund von bundes- und landesrechtlicher Änderungen erforderlich.

Auf Nachfrage von AM Dr. Flasbarth, wie mit den zahlreichen Initiativen umgegangen werde, welche gerade für den ÖPNV entwickelt werden, teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass zunächst die Tarifentwicklungen zu klären seien.

Weiterhin teilt Frau Senatorin Hagen auf Nachfrage von AM Dr. Flasbarth mit, dass - vergleichbar dem Haushalt 2020 – für Radwege ein Budget von insgesamt circa 1,1 Millionen Euro geordnet sei.

Die Besetzung von Stellen bei den Verkehrswegeplaner:innen erweise sich derzeit aufgrund fehlender geeigneter Bewerbungen als schwierig.

Auf Nachfrage von AM Prieur betreffend die geplante Weiterentwicklung von Homeoffice, führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass bisher eine zeitanteilige Nutzung von Telearbeit erfolge, sodass jeder Mitarbeitende noch einen Arbeitsplatz benötige. Zukünftig sei vorgesehen das Instrument der Telearbeit weiter auszubauen. Auch die Thematik des mobilen Arbeitens werde weiter vorangetrieben.

Im weiteren führt Herr Bürgermeister Lindenau auf Nachfrage von AM Simon aus, dass sich das System zur Teilung von Arbeitsplätzen zur Reduzierung des Flächenbedarfs in der Einführung befinde. Im Lichthof seien für circa 19 Mitarbeitende acht Arbeitsplätze geschaffen worden. Ein Pilotprojekt werde im Verwaltungszentrum Mühlentor geschaffen. Dieses System der Arbeitsplatznutzung sei jedoch Mitbestimmungspflichtig.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.

Beschluss:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend aus

dem Vorbericht

Anlage 1

je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnis- und Finanzplan dem Stellenplan sowie dem Beteiligungsbericht

Anlage 2
Anlage 3
Anlage 4

- wird beschlossen.
2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten werden zur Kenntnis genommen. Anlage 5
Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2021 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
 3. Ergänzend werden die Fortsetzung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gemäß Haushaltsbegleitbeschluss 2019 aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag Anlage 6
wie auch die Durchführungsbestimmungen zum Haushalt 2021 Anlage 7 beschlossen.
 4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.
 5. Der Beschluss der Bürgerschaft vom 24.11.2016, VO/2016/04224 Ziffer 11, wird aufgehoben. Statt der seinerzeit beschlossenen Bereitstellung digitaler Haushaltsdaten im Format CSV wird der Interaktive Haushalt weiter genutzt und laufend aktualisiert.
 6. Gemäß § 79 Abs. 1 der Gemeindeordnung (gleichlautend nach § 79 Abs. 1 in der ab dem 01.01.2021 geltenden Fassung der Gemeindeordnung) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	902.383.000	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	927.860.000	EUR
einen Jahresüberschuss von		
einen Jahres fehlbetrag von	25.477.000	EUR

2. im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	867.110.200	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	881.006.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	119.211.600	EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus **Investitions-**
tätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 259.005.200 EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | | |
|----|--|-------------|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 69.860.600 | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 55.483.000 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 395.000.000 | EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 3.861,236 | |

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|---|-------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 400 % |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 500 % |
| 2. | Gewerbsteuer | 450 % |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 in der seit dem 01.01.2021 geltenden Fassung der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten. Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2021 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2020 (3.714,633 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2021 um die sich aus der ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021** festgesetzt: **3.861,236 Planstellen.**

Anlage 3

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 3.2	Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2021 Vorlage: VO/2020/09072
---------------	---

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2021 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge von **2.418.900 €**
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von **2.418.900 €**
- einem Jahresüberschuss/ Fehlbetrag von **0 €**

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.344.500 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.315.800 €**
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit **500 €**

- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus Investitions- und Finanztätigkeit

27.400 €

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 Haushaltsplanung der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: VO/2020/09106**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, i. d. F. der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 23. Juni 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 364) wird der Haushaltsplan der Stiftung Haus der Jugend für das Jahr 2021 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	71.900 €
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	71.900 €
einem Jahresüberschuss von	0 €
einem Jahresfehlbetrag von	0 €

Im Finanzplan mit

Einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.400 €
Einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.700 €
Einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 €
Einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 €

Auf die Ausführung des Haushaltsplanes finden die Durchführungsbestimmungen zur Haushaltssatzung der Hansestadt Lübeck sinngemäß Anwendung.

Die Stiftung Haus der Jugend bezweckt Einrichtungen der Jugendpflege zu schaffen, zu unterhalten und zu fördern.

Der Bereich Jugendarbeit / Jugendamt verwaltet die Stiftung gem. § 5 Stiftungssatzung in der Fassung vom 29. April 1976.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: VO/2020/09175**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Stiftung „Lübecker Altstadt“ für das Haushaltsjahr 2021 wie folgt festgesetzt:

im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge auf 1.000,- Euro
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 2.000,- Euro
- einem Jahresüberschuss von 0,- Euro
- einem Jahresfehlbetrag von 1.000,- Euro

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 1.000,- Euro
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 700,- Euro
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit 0,- Euro
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit 0,- Euro

Auf die Ausführung des Haushaltsplans finden die Durchführungsbestimmungen zur Haushaltssatzung der Hansestadt Lübeck sinngemäß Anwendung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

zu 3.5 Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2021 Vorlage: VO/2020/09092

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das Haushaltsjahr 2021 wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.338.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.769.200	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	430.400	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.301.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.343.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	10.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	29.500	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

2. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	210.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	325.600	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	114.800	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	210.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	324.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.300	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

3. für die Westerauer Stiftung

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	14.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	14.500	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	14.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	14.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

	II.		
1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	für die Stiftung Kriegsopferdank		
	I.		
1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	548.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	561.900	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	13.300	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	548.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	470.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	113.100	EUR
	II.		
1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
5.	für die Stiftung Lübecker Wohnstifte		
	I.		
1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	149.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	352.500	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	203.300	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	149.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	241.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	30.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	16.600	EUR

II.

- | | | |
|---|---|-----|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

6. für die Stiftung Vereinigte Testamente

I.

- | | | | |
|--|-----------|-----|--|
| 1. im Ergebnisplan mit | | | |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 2.148.300 | EUR | |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 2.267.700 | EUR | |
| einen Jahresüberschuss von | 0 | EUR | |
| einen Jahresfehlbetrag von | 119.400 | EUR | |
| 2. im Finanzplan mit | | | |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 2.148.300 | EUR | |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.927.400 | EUR | |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 13.400 | EUR | |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 348.300 | EUR | |

II.

- | | | |
|---|---|-----|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 Wirtschaftsplan 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
Vorlage: VO/2020/09140**

Auf Nachfrage von AM Dr. Flasbarth führt Herr Wadehn erläuternd aus, dass die Kostensteigerung bisher beantragt, jedoch noch nicht genehmigt sei. In der Regel werden den Anträgen nicht vollständig zugestimmt. Es handle sich um Kosten, die das Ziel einer Kostende-

ckung haben. Für jede Kostenstelle sei eine Kostendeckung beantragt worden. Bisher erfolge keine Refinanzierung aller beantragten Kosten.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Senator Schindler, AM Rathcke, Herr Wadehn, AM Möller, AM Prieur, Herr Bürgermeister Lindenau, AM Fürter, AM Misch und AM Dr. Flasbarth.

AM Dr. Flasbarth bittet um Mitteilung, welche Kosten noch nicht beantragt seien. Zudem bittet er um Erläuterung, wie auf die Erwartung gekommen werde, dass die Auslastung aufgrund der geplanten Preissteigerungen lediglich um zwei Prozent zurückgehen. Eine Beantwortung im Nachgang der Sitzung wird zugesagt.

Herr Bürgermeister Lindenau weist drauf hin, dass die Möglichkeit bestehe, die Vorlage zur erneute Beratung zurück in den Ausschuss für Soziales zu überweisen. Auswirkungen auf dem Gesamthaushalt entstünden dadurch nicht.

AM Reinhardt übernimmt den Antrag zur Überweisung der Vorlage in den Ausschuss für Soziales.

AM Hildebrand stellt einen Antrag auf Schluss der Debatte.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von AM Hildebrand abstimmen.

**Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich
(11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)
dem Antrag auf Schluss der Debatte zu.**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von AM Reinhardt abstimmen.

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Überweisung der Vorlage
in den Ausschuss für Soziales mit anschließender erneuter Beratung
im Hauptausschuss zu.**

Beschluss:

1. Es betragen

1.1	im Erfolgsplan	€
	die Erträge	27.472.600
	die Aufwendungen	29.302.700
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	-1.830.100
1.2	im Vermögensplan	
	die Einzahlungen auf	763.530
	die Auszahlungen auf	763.530
2.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0
2.2	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	4.000.000
3.	die Stellenübersicht 2021 nebst Änderungsliste (Anlage 8, 8a, 8b).	

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2021 wird gemäß Anlagen 1-12 im Rahmen der Haushaltssatzung 2021 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 3.7 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2019
Vorlage: VO/2020/09171

AM Dr, Flasbarth bittet um Darstellung der Gründe für die Verluste in Höhe von circa drei Millionen Euro im Jahr 2019.

Die Darstellung wird im Nachgang der Sitzung vorgenommen.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2019 wird mit einer Bilanzsumme von € 3.815.790,44, einem Jahresfehlbetrag von € 3.167.151,45 und einem Bilanzverlust von € 3.151.830,65 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2019 in Höhe von € 3.151.830,65 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.8 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom

09.12.2014
Vorlage: VO/2020/09090

dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt -

zu 3.9 Beteiligung am Projektaufruf zum Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus": Neugestaltung der Beckergrube
Vorlage: VO/2020/09143

Der Vorsitzende verliest folgende durch den Bauausschuss beschlossene Ergänzung:
„Das Ergebnis aus der Evaluierung des Verkehrsversuches wird in die weiteren Planungen mit aufgenommen.“

AM Stolzenberg bittet um Beantwortung folgender Nachfragen:

- Betrifft der Umriss auch den Koberg und die Breite Straße?
- Wenn nicht, wäre es sinnvoll den Koberg und die Breite Straße mit einzubeziehen?

Frau Senatorin sagt eine Beantwortung der Fragen zu Protokoll zu.

Beschluss:

1. Die Hansestadt Lübeck beteiligt sich am Projektaufruf des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat zum Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ und reicht die Neugestaltung der Beckergrube als Projektvorschlag ein.
2. Bei einer Förderzusage wird der kommunale Eigenanteil für den Förderzeitraum 2021 bis 2025 in den Haushalt der Hansestadt Lübeck eingestellt.

Abstimmungsergebnis in der ergänzten Fas- sung des Bauaus- schusses	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.10 Skandinavienkai, LED-Beleuchtung, Ersatz von drei Hochmasten
Vorlage: VO/2020/09012

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass die Vorlage wie auch schon im Bauausschuss auch hier im Hauptausschuss zurückgezogen wird.

zu 4 Berichte

zu 4.1 2. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/09222

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 5.1 Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Landesverordnung zum Badeverbot in der Trave aus dem Jahr 1978
Vorlage: VO/2020/09066

zu 5.1.1 Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Landesverordnung zum Badeverbot in der Trave aus dem Jahr 1978
Vorlage: VO/2020/09066-01

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth: Zugangsbeschränkung Clemensstraße und Drehbrückenplatz
Vorlage: VO/2020/09123

zu 5.2.1 Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth:

**Zugangsbeschränkung Clemensstraße und Drehbrückenplatz
Vorlage: VO/2020/09123-01**

Auf Nachfrage von AM Stolzenberg betreffend die Antwort auf Frage 7 teilt Herr Senator Hinsen mit, dass aufgrund der klaren Verfassung von Regelungen keine Notwendigkeit bestand, Bußgelder zu verhängen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Einnahmen aus Ablösebeiträgen erforderlicher Stellplätze
Vorlage: VO/2020/08991**

**zu 5.3.1 Antwort auf die Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Einnahmen aus Ablösebeiträgen erforderlicher Stellplätze
Vorlage: VO/2020/09198**

AM Dr. Flasbarth kündigt an noch schriftliche Nachfragen zur vorliegenden Antwort einzureichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020
Vorlage: VO/2020/09241**

Die Beantwortung dieser Anfrage erfolgt in der Sitzung der Hauptausschusses am 09.09.2020.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 AM Oliver Prieur (CDU): Anfrage zu VO/2020/09090 - 2.Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014
Vorlage: VO/2020/09283**

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.6 Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Höhe der nicht anzeigepflichtigen Haushaltsmittel
Vorlage: VO/2020/09294**

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass halbjährlich hierzu berichtet werde.

Es spricht AM Rathcke.

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Defizite und Entgeltsteigerungen der städtischen SeniorInneneinrichtungen (SIE)
Vorlage: VO/2020/09298**

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.8 NEU: mündl. Anfrage von AM Hildebrand (CDU) betr. den Sachstand zur Anfrage Hansemuseum und Alte Stadtschule Moisling

Am Hildebrand bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes betreffend der Anfrage zum Hansemuseum, sowie der Anfrage zur Weiternutzung der Alten Stadtschule Moisling.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass sich die Antwort auf die Anfrage zum Hansemuseum in der finalen Lesung im Senat befinde.

Bezüglich der Alten Stadtschule Moisling verweist Herr Bürgermeister Lindenau auf das Projekt „Soziale Stadt Moisling“ Eine Umsetzung erfolge, wie darin beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.9 NEU: mündl. Anfrage von AM Rathcke (FDP) betr.den Sachstand zur Anfrage Fraktionszuwendungen

Auf Nachfrage von AM Rathcke betreffend den Sachstand der Beantwortung der Anfrage zu den Fraktionszuwendungen verweist Herr Bürgermeister Lindenau auf den hohen Arbeitsaufwand, den solch eine Anfrage auslöse. Nach jetzigem Kenntnisstand könne jedoch mit einem zeitnahen Vorliegen der Antwort gerechnet werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.10 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. den Betrieb der Fähre Nordermole

AM Prieur teilt mit, dass das Konzept zur Ausweitung des Fährbetriebes an der Nordermole noch nicht eingegangen sei. In Presseberichten konnte nun gelesen werden, dass ein erneuter Versuch erfolgen soll.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass eine entsprechende Vorlage noch diesen Monat die Gremien erreichen werde.

Es spricht Frau Senatorin Hagen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.11 NEU: mündl. Anfrage AM Prieur (CDU) betr. Priwallpromenade / Beteiligung der Bürgerschaftsmitglieder an offiziellen Anlässen

Verweisend auf den Termin zum Spatenstich an der Priwallpromenade bittet AM Prieur um Mitteilung, ob – so wie es früher bei solchen Anlässen gehandhabt wurde – die Mitglieder der Bürgerschaft zu solchen Anlässen mal wieder eingeladen werden.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Wahrnehmung des Termines durch den Minister sehr spontan erfolgt sei. Zudem werde derzeit coronabedingt von großen Terminen abgesehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.12 NEU: mündl. Anfrage AM Prieur (CDU) betr. Sachstand städtebaulicher Wettbewerb auf dem ehemaligen Schlachthofgelände

Am Prieur bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht. Seitens des Vorhabenträgers sei mitgeteilt worden, dass es aktuell Unstimmigkeiten mit der Denkmalpflege gebe. Frau Senatorin Hagen sagt eine Klärung zu. Derzeit liege eher ein zögerliches Vorgehen auf der Seite des Vorhabenträgers vor.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.13 NEU: mündl. Antwort auf mündl. Nachfrage in der Sitzung des HA am 25.08.2020 zur Umsetzung der Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung

Bezug nehmend auf eine mündliche Anfrage in der Sitzung des Hauptausschusses am 25.08.2020 zur Umsetzung der Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass es ein Eilverfahren gegen die Nutzungsunter-sagung gebe. Mit dem Bereich Recht sei vereinbart worden, zunächst das Ergebnis des Eil-verfahrens abzuwarten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 20:06 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 20:08 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt wurden.

Lübeck, den 22. September 2020

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**Sondersitzung des Hauptausschusses - Haushaltsberatung
(gemeinsame Sitzung mit dem Bauausschuss)**

Sitzungstermin:	Mittwoch, 09.09.2020
Sitzungsbeginn:	16:45 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Sitzungsort:	Strandhotel - MARITIM, Trelleborgallee 2, Travemünde
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD	
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Jana Borchers - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Birte Duggen
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dagmar Hildebrand - CDU	
David Jenniches - AfD	
Ragnar Harald Lüttke - DIE LINKE	
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL	
Oliver Prieur - CDU	
1. Stellv. Stadtpräsident Klaus Puschadel - CDU	Vertretung für: Herrn Ulrich Krause
Thomas Rathcke - FDP	
Peter Reinhardt - SPD	
Bernhard Simon - CDU	
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Lothar Möller - BfL	
Beiratsmitglieder	
Margret Wulf-Wichmann - Seniorenbeirat	
Götz Gebert - Seniorenbeirat	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Sabine Haltern - SPD	
Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL	

Dr. Marek Lengen - SPD	
Christopher Lötsch - CDU	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tim Klüssendorf - 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Marion Höfs - FBC FB 4	
Thomas Manke - Strategie und Innovation	bis TOP 5.1 / 17:30 Uhr
Markus Toll - FBC FB 5	
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse -	
Zuhörerinnen und Zuhörer -	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Ulrich Krause - CDU	- entschuldigt -
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020	VO/2020/09231
3.1.1	AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020	VO/2020/09231-01
3.2	Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020	VO/2020/09241
3.2.1	Antwort auf die Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020 - VO/2020/09241	VO/2020/09270
3.3	NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.3 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020: Haushaltsplanung der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09106	
3.4	NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.4 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020: Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09175	
3.5	NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.5 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020: Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09092	
4	Berichte	
4.1	2. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck	VO/2020/09222
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2021	VO/2020/09154
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	

9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Petereit (Vorsitzender), der in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Bauausschusses, Herrn Lötsch, die heutige gemeinsame Sitzung des Haupt- und Bauausschusses leitet, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der jeweiligen Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende des Bauausschusses verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied Herr Jan Ingwersen (CDU) mit den Worten: "Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein."

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass der Mund- und Nasenschutz auch auf dem Weg vom Sitzplatz zum Mikrofon zu tragen sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 3.1 und TOP 3.1.1 (VO/2020/09231 bzw. 9231-01) - Anfrage AM Pluschkell (SPD) und AM Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltbegleitbeschluss 2020

TOP 3.2 und TOP 3.2.1 (VO/2020/09241 bzw. 9270) - Anfrage AM Prieur (CDU): Umsetzungsstand zum Haushalt 2020

TOP 4.1 (VO/2020/09222) - 2. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck

Der Vorsitzende weist zusätzlich darauf hin, dass die Beschlussvorlage (VO/2020/09154 - Haushalt 2021), die ursprünglich in der Einladung dem TOP 6 zugeordnet war, nun unter TOP 5.1 (Beschlussvorlagen) zugeordnet sei.

Der Vorsitzende ergänzt, dass unter TOP 3.3, TOP 3.4 und TOP 3.5 mündliche Mitteilungen der Verwaltung zu Anfragen aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.09.2020 erfolgen sollen.

***Haupt- und Bauausschuss beschließen einstimmig
die beantragte Erweiterung der Tagesordnung
unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit.***

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020
Vorlage: VO/2020/09231

zu 3.1.1 AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020
Vorlage: VO/2020/09231-01

Zu den gegebenen Antworten lässt der Vorsitzende Nachfragen zu:

Herr Lötsch möchte zum Punkt 3 (Radverkehrswege und –anlagen) wissen, warum die Verwaltung das umsetze, was der Runde Tisch Radverkehr (RTR) vorschläge und nicht das, was in der Bürgerschaft beschlossen worden sei. Der RTR sei nur ein Beratungsgremium, welches seinerzeit von der CDU initiiert wurde und die Bürgerschaft dagegen ein Beschlussgremium. Er möchte weiter wissen, ob die 200.000 Euro als Haushaltsreste nach 2021 übertragbar wären.

Frau Hagen führt aus, dass der politisch besetzte RTR die Priorität bei der Herrichtung der innerstädtischen Radwege sehe. Möglicherweise bestehe hier ein Kommunikationsdefizit, weswegen die zusagt,-in Zukunft die Empfehlungen des RTR, im Anschluss an die Sitzungen im Bauausschuss vorzustellen. Frau Hagen bestätigt, dass die angefragten 200.000 Euro nach 2021 übertragbar seien.

Herr Lötsch merkt zum Punkt 8 (Beleuchtung / Angsträume) an, dass hierzu am 29.11.2018 im Bauausschuss ein Bericht in Aussicht gestellt worden sei, dieser aber bisher nicht vorgelegen habe, und warum im Haushalt 2021 keine Mittel angemeldet seien.

Frau Hagen berichtet aus einer gemeinsamen Sitzung u.a. mit der Polizei, dem Frauenbüro und Teilen der Verwaltung, dass dort kein konkreter Bedarf abgeleitet werden konnte. Insbesondere die Kriminalstatistik der Polizei lasse keine gezielte Maßnahmenidentifikation zu. Darüber hinaus sei festgestellt worden, dass die Definition „Angsträum“ weiter gefasst werde und die Aspekte umfasse, die über Beleuchtung weit hinausgingen.

Herr Prieur merkt an, dass es diverse Beispiele gegeben habe, wo eine Umsetzung geprüft werden solle. Er weist darauf hin, dass es beim Landesinnenministerium eine Abteilung gebe, die in Kooperation mit der Landespolizei arbeite und Kommunen bezüglich des Themas berate.

Herr Toll führt aus, dass im Haushalt grundsätzlich Mittel für die Beleuchtung vorhanden seien, um auch schnell reagieren zu können, daher wäre es nicht notwendig zusätzliche Mittel einzustellen.

Herr Lötsch entgegnet, dass der Grundgedanke bei dem Auftrag gewesen sei, bisher unbeleuchtete dunkle Wege und Straßen zu beleuchten und nicht der Wechsel zum Beispiel zur LED-Beleuchtung.

Herr Lötsch weist zu Punkt 11 (Investitionscontrolling) auf den Beschluss des Bauausschusses hin, dass dort ein Quartalsbericht erfolgen solle, dieser bisher aber nicht umgesetzt worden sei. Herr Uhlig weist darauf hin, dass die Verwaltung mit dem unter TOP 4.1 stehenden zweiten Zwischenbericht hierzu den ersten Aufschlag getan habe. Er schlägt vor, als nächsten Schritt zu diskutieren und festzulegen, wie weiter verfahren werden solle.

Herr Bürgermeister Lindenau weist auf den von Herrn Uhlig angesprochenen Zwischenbericht hin, in dem 70% aller investiven Maßnahmen abgebildet werden. Um darüber hinaus auch noch weitere Investitionsmaßnahmen abzubilden, wäre ein unverhältnismäßiger Auf-

wand notwendig. Der vorgelegte Bericht zeige die Daten, die automatisch generiert werden können.

Frau Haltern möchte zum Thema Parkhäuser (Punkt 9) wissen, warum der Bau einer möglichen Parkpalette am Lotsenberg den Bau des beschlossenen Parkhauses am Fahrenberg behindere.

Herr Schindler erläutert, dass eine parallele Ausschreibung für beide Parkhäuser nicht zielführend sein könne.

Herr Prieur merkt an, dass die damalige Grundvoraussetzung für den Beschluss des B-Planes am Fahrenberg gewesen sei, dort eine Parkpalette zu errichten.

Herr Schindler erläutert, dass der ursprüngliche Beschluss laute, dass aus den übrig gebliebenen Mitteln aus dem Verkauf des Grundstücks eine Parkpalette am Fahrenberg oder am Lotsenberg errichtet werden solle. Die Verwaltung habe sich seinerzeit für den Lotsenberg entschieden.

Der Vorsitzende Herr Petereit schlägt vor, dies bis zum Haushaltsbeschluss in der Bürgerschaft am 24.09.2020 zu klären.

Herr Fürter möchte zum Punkt 2 (Bäume für den Klimaschutz) wissen, ob es zu einer Zählung der jeweils neu gepflanzten Bäume komme, um den aktuellen Baumbestand, auf dem Weg zu einer Millionen neuen Bäume, zu erfahren.

Herr Hinsen erläutert, dass eine Zählung erfolgen werde. Da sich Bäume jedoch auch eigenständig aussähen, kann die Angabe der Anzahl an gepflanzten Bäumen nur grob erfolgen. Aus Vegetationsgründen konnte mit der Pflanzung noch nicht begonnen werden. Der Beginn der Pflanzungen sei für Herbst dieses Jahres vorgesehen.

Herr Müller-Horn führt aus, dass es zum Thema Parkhäuser (Punkt 9) aus seiner Sicht keinen Zusammenhang mit einer Vergabe der Erbbaurechte und der Errichtung der Parkhäuser gebe. Der Parkplatz am Leuchtenfeld sei in einem desolaten Zustand und es könne nicht mindestens zwei Jahre gewartet werden, bis eine europaweite Ausschreibung für eine Parkpalette abgeschlossen sei. Er plädiere dafür, zügig beide Parkpaletten zu realisieren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 **Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020**
Vorlage: VO/2020/09241

zu 3.2.1 **Antwort auf die Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsetzungsstand Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2020 - VO/2020/09241**
Vorlage: VO/2020/09270

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.3 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020:
Haushaltsplanung der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09106**

Herr Prieur möchte wissen, wie die 12 Mio. Euro für die Priwall Promenade zustande kämen, da ursprünglich nur von 9,2 Mio. Euro die Rede gewesen sei.

Frau Hagen erläutert, dass die Kosten richtigerweise 9,2 Mio. Euro betragen, es aber Vorgängermaßnahmen gegeben habe, die durch die Lübeck Port Authority beauftragt worden seien (Ufersicherung, Befestigung der Kaikante, usw.). Diese Mittel in Höhe von 2,8 Mio. Euro werden auch vom Land gefördert.

Herr Reinhardt merkt an, dass der Anteil der Hansestadt Lübeck seinerzeit nur 1,8 Mio. Euro betragen habe und auch so beschlossen wurde und es nun 4,0 Mio. Euro seien.

Frau Hagen erklärt, dass es eine Nachtragsvorlage gegeben habe, die auch im Hauptausschuss beschlossen wurde. Frau Hagen sagt eine Nachlieferung der Vorlagennummer zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.4 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020:
Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09175**

Es wird angemerkt, dass Herr Dr. Flasbarth eine Nachfrage zum Tarifgutachten gehabt habe, und ob dies im Haushalt 2021 geordnet sei.

Frau Hagen erläutert, dass dies nicht der Fall sei, da die Finanzierung noch offen und maßnahmenabhängig wäre. Die Gutachten werden voraussichtlich erst Ende Oktober 2020 vorliegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 NEU: mündl. Antwort zur Vorlage unter TOP 3.5 in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020:
Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2021 - VO/2020/09092**

Die Nachfrage bezog sich auf TOP 3.9 der Sitzung vom 08.09.2020: Beteiligung am Projektauftrag zum Bundesprogramm... VO/2020/09143.

Herr Stolzenberg möchte wissen, ob der Verkehrsversuch Beckergrube auch bis zum Ko-berg ausgedehnt werden könne.

Frau Hagen führt aus, dass hierfür die Rahmenbedingungen vom Bereich Stadtplanung und Bauordnung geprüft worden seien, und festgestellt wurde, dass diese Erweiterung nicht in das Förderprogramm passe.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 2. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/09222**

Es sprechen Frau Haltern und Frau Hagen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntrnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Haushalt 2021 Vorlage: VO/2020/09154
---------------	---

Herr Uhlig präsentiert und erläutert den Allgemeinen Teil des Haushalts und weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Interaktiven Haushalt hin.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Straßen, Wege und Brücken (26,7 Mio. Euro):

Herr Vorkamp möchte wissen, warum nun auf einmal die Sanierung der Jürgen-Wullenwever-Straße im Haushalt aufgeführt sei, obwohl gesagt wurde, dass dort kein Sanierungsbedarf bestehe.

Frau Hagen erläutert, dass es im Zusammenhang mit dem Masterplan Straßen eine Befahrung aller Straßen in Lübeck gegeben habe und hierbei festgelegt wurde, dass eine Sanierung notwendig sei, auch um die Verkehrssicherungspflicht einzuhalten.

Herr Lüttke möchte wissen, ob die Sanierung der mittleren Breiten Straße zur Ertüchtigung für LKW-Verkehre ein Etikettenschwindel sei, da es sich hierbei um eine Fußgängerzone handle. Seiner Meinung nach, müsse mehr Geld in die Geh- und Radwege investiert werden, um die angestrebte Verkehrswende zu realisieren. Er möchte auch wissen, ob es am Untergrund der Straße liege, dass diese bereits nach sieben Jahren saniert werden müsse.

Frau Hagen führt aus, dass dies kein Etikettenschwindel sei und die Verwaltung erstmals hier transparent die geplanten Maßnahmen vorstelle. Die mittlere Breite Straße zwischen Mengstraße und Beckergrube sei in einem sehr desolaten Zustand, sodass eine Sanierung zwingend notwendig sei, auch um in erster Linie die Verkehrssicherungspflicht zu gewährleisten.

Herr Lötsch möchte zur Beckergrube / Theaterplatz wissen, wofür die 100.000 Euro im Haushalt 2021 geordnet seien.

Frau Hagen erklärt, dass dies eine sogenannter „Platzhalter“ sei, um auf auftretende Eventualitäten schnell reagieren zu können, da teilweise nur eine provisorische Umsetzung stattgefunden habe.

Herr Lötsch möchte wissen, ob es einen fachlichen Grund gebe, warum für die Stadtgrabenbrücke im Haushalt 2021 noch nicht die Finanzmittel zur Umsetzung geordnet werden.

Frau Hagen merkt an, dass das Fachpersonal momentan die Priorität auf die Mühlenbrücke legen müsse, es aber angedacht sei im Herbst 2020 einen Bericht zur Stadtgrabenbrücke in den Bauausschuss zu bringen. Für den Fortschritt der Maßnahme Stadtgrabenbrücke wurden zudem 150.000 Euro für 2021 angemeldet.

Herr Lötsch möchte wissen, an welcher Stelle der Radschnellweg geordnet sei.

Frau Hagen erläutert, dass dieser nicht im Haushalt 2021 enthalten sei.

Herr Lötsch möchte wissen, wofür die rund 500.000 Euro genau ausgegeben werden im Zusammenhang mit dem Verbindungsweg vom Vorwerker Friedhof zum Bauhof im Ratekauer Weg.

Herr Toll führt aus, dass dieser Weg notwendig sei, damit die nicht für den Straßenverkehr zugelassenen Unterhaltungsfahrzeuge für den Friedhof vom Bauhof dorthin gelangen können. Nähere Erläuterungen werden bis spätestens zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 21.09.2020 zugesagt.

Herr Prieur möchte wissen, ob die Ausbesserung der Granitplatten mit neu zu kaufendem Material erfolge oder ob hierfür auch die eingelagerten Steine in der Wallstraße benutzt werden.

Frau Hagen führt aus, dass sie nicht wisse ob und wie viele Steine dort noch lagern und dass sicherlich zuerst die Bestände aufgebraucht werden.

Herr Rathcke möchte wissen, ob bei großen Bauprojekten auch das Bonus- Malus-System eingesetzt werde.

Frau Hagen verweist in diesem Zusammenhang auf das Verfahren im Zusammenhang mit der Bahnhofsbrücke, bei dem auch von Anfang an eine anwaltliche Beratung dabei sei.

Herr Rathcke möchte weiter wissen, ob es auch Wertgrenzen gebe.

Frau Hagen verweist auf eine Vorlage im Bauausschuss, in der das Risikomanagement bei großen Projekten im FB5 erläutert sei.

Herr Löttsch möchte zur Maria-Goeppert-Straße im Hochschulstadtteil wissen, warum hier die Hansestadt Lübeck Geld investieren müsse, nur weil die Technische Hochschule dort Gebäude errichte.

Frau Hagen sagt nähere Erläuterungen bis spätestens zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 21.09.2020 zu.

Herr Leber spricht noch einmal die über 100 Flicker in der Breiten Straße an und rät der Verwaltung sich auch mit dem Untergrund zu beschäftigen, um eine längere Lebensdauer der Straßenoberfläche zu gewährleisten.

Frau Hagen bestätigt ihm, dass dies auch seitens der Verwaltung vorgesehen sei.

Frau Haltern möchte wissen, für welches Parkhaus die in 2022 angesetzten 1,5 Mio. Euro vorgesehen seien.

Frau Hagen führt aus, dass dies für das Parkhaus am Fahrenberg vorgesehen sei.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Schulbauinvestitionen (23,4 Mio. Euro):

Herr Dr. Lengen führt aus, dass im Haushalt 2020 Mittel eingestellt seien, die aber nicht umgesetzt worden und ob diese Mittel in den Haushalt 2021 mit einfließen.

Frau Hagen verweist darauf, dass es bei der Hansestadt Lübeck einen großen Instandhaltungsstau gebe und aus diesem Grund nicht alle Mittel abgerufen werden konnten. Hierbei komme es zu Maßnahmenverschiebungen in 2021 bzw. die Folgejahre.

Frau Haltern möchte wissen, ob die Finanzmittel für die Umnutzung der Hausmeisterwohnung der Mühlenweg-Schule vollständig beim GMHL geordnet werden.

Frau Hagen sagt nähere Erläuterungen bis spätestens zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 21.09.2020 zu. Direkt im Nachgang zur Sitzung konnte Frau Haltern bereits bestätigt werden, dass bei GMHL ausreichend Mittel geordnet wurden.

Herr Prieur möchte wissen, was sich beim Produktkonto 511003022 mit der Maßnahme „Sanierung Innenstadt“ verberge und welche Schule hier gemeint sei.

Herr Toll erläutert, dass es sich hierbei um einen technischen Fehler im interaktiven Haushalt handle und dadurch eine falsche Begründung zugeordnet worden sei. Es handle sich um Städtebaufördermittel, die vom Bereich Stadtplanung und Bauordnung verwaltet werden.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Hafeninvestitionen (20,0 Mio. Euro):

Herr Fürter möchte wissen, wie hoch die Anteile seien, die von den Hafенbetrieben wieder an die Hansestadt Lübeck zurückerstattet werden.

Herr Uhlig führt aus, dass über die bestehenden Pachtverträge eine Rentierlichkeit für die Hansestadt Lübeck gegeben sei.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Hochbauinvestitionen (12,9 Mio. Euro):

Herr Prieur möchte wissen, wie es zu den Kostensteigerungen beim Buddenbrookhaus kommen konnte und ob die Aussage des Stiftungsrates richtig sei, dass hierfür die Schuld beim GMHL liege und es auch noch Probleme mit dem Denkmalschutz gebe.

Frau Hagen erläutert, dass man sich momentan noch in einer frühen Planungsphase befände und auch noch einiges abzustimmen sei.

Herr Bürgermeister Lindenau ergänzt, dass die für 2021 geordneten Mittel in Höhe von 900.000 Euro keine Baukosten, sondern Planungsmittel seien.

Herr Prieur möchte wissen, warum der Kleine Bauhof, entgegen früherer Aussagen im Bauausschuss doch noch wieder saniert werde und dafür insgesamt Mittel in Höhe von 2,0 Mio. Euro für 2021 und 2022 vorgesehen seien.

Frau Hagen erklärt, dass die dortigen Mitarbeitenden ins Palais Rantzau gezogen seien und es einen dringenden Bedarf für die Kolleg:innen der Bauordnung gebe, die nach der Sanierung dort einziehen werden. Der momentane Standort Mühlendamm 22 werde dann aufgegeben.

Herr Bürgermeister Lindenau ergänzt, dass es über einen Zeitraum von fünf Jahren teurer sei externe Immobilien anzumieten, als hier zu sanieren. Dies sei eine Zwischenlösung als wirtschaftliche Betrachtung.

Weiterhin bittet Herr Prieur um Mitteilung, warum für einen eventuellen Ankauf des Bundesbankgebäudes ein Ansatz in Höhe von ca. 520.000 Euro vorgesehen sei, obwohl die Machbarkeitsstudie, sowie eine Vorlage für den Ankauf noch nicht vorliege. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass es sich um einen vorausschauenden Ansatz handle. Es seien noch keine Mittel geflossen. Die Ansatzhöhe werde nochmal geprüft.

Frau Haltern möchte wissen, warum für das Standesamt Fördermittel eingefordert wurden und dieses Projekt nicht im Haushalt beim GMHL auftauche.

Frau Hagen erklärt, dass es dies Projekt nicht geschafft habe über die Prioritätenliste in den Haushalt zu gelangen.

Herr Stolzenberg möchte wissen, wie es um das Feuerwehrgerätehaus in Kronsforde aussehe.

Herr Hinsen führt aus, dass es Planungskosten in 2020 gebe, allerdings der genaue Standort noch nicht festgelegt sei und aus diesem Grund auch noch keine Mittel gebunden wurden.

Herr Lötsch spricht die Planungsmittel im Haushalt 2020 von rund 200.000 Euro für die Feuerwehr Steinrade an und möchte wissen, ob die getroffene Zusage, dass 2021 gebaut werde, noch Bestand habe.

Herr Hinsen bestätigt ihm, dass 2021 gebaut werden solle.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Feuerwehrinvestitionen (9,4 Mio. Euro):

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Sporthallen, Grundstücke und Sportflächen (4,2 Mio. Euro):

Herr Prieur hinterfragt, warum für die LED-Grundbeleuchtung der Hansehalle für 2021 noch Mittel eingestellt seien. Seinem Wissen nach ist der Abschluss der Maßnahme im Jahr 2020

vorgesehen. Herr Toll teilt hierzu mit, dass dies dem geschuldet sei, dass im Jahr 2021 noch nachgelagert Rechnungen eingehen werden, sodass Auszahlungsreste bestünden.

Weiterhin bittet Herr Prieur um Mitteilung, warum für die Ertüchtigung der Hansehalle für die Bundesliga ab 2022 keine Mittel mehr eingestellt wurden.

Zur Tribüne Mühlenbachtal bittet Herr Prieur um Mitteilung, wie die umgeschichteten 45.000 Euro geordnet wurden.

Eine Beantwortung der letzten beiden Fragen von Herrn Prieur wird bis zur Haushaltssitzung der Bürgerschaft zugesagt.

Herr Stolzenberg möchte wissen, wie sich die Summe für Grundstückseinkäufe in Höhe von 14 Mio. Euro zusammensetzt.

Herr Uhlig erläutert, dass dies ein sogenannter Sammeltopf sei, aus dem kalkulierte, aber auch konkrete Planungen abgewickelt werden.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.

Beschluss:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend aus

dem Vorbericht	Anlage 1
je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnis- und Finanzplan	Anlage 2
dem Stellenplan sowie	Anlage 3
dem Beteiligungsbericht	Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten werden zur Kenntnis genommen. Anlage 5

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2021 vorgesehenen Aufwandskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.

3. Ergänzend werden die Fortsetzung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gemäß Haushaltsbegleitbeschluss 2019 aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag Anlage 6
wie auch die Durchführungsbestimmungen zum Haushalt 2021 Anlage 7
beschlossen.

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.

5. Der Beschluss der Bürgerschaft vom 24.11.2016, VO/2016/04224 Ziffer 11, wird aufgehoben. Statt der seinerzeit beschlossenen Bereitstellung digitaler Haushaltsdaten im Format CSV wird der Interaktive Haushalt weiter genutzt und laufend aktualisiert.

6. Gemäß § 79 Abs. 1 der Gemeindeordnung (gleichlautend nach § 79 Abs. 1 in der ab dem 01.01.2021 geltenden Fassung der Gemeindeordnung) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	902.383.000	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	927.860.000	EUR
einen Jahresüberschuss von		
einen Jahres fehlbetrag von	25.477.000	EUR

2. im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	867.110.200	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	881.006.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	119.211.600	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	259.005.200	EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	69.860.600	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	55.483.000	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	395.000.000	EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.861,236	

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2. Gewerbesteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bür-

germeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 in der seit dem 01.01.2021 geltenden Fassung der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2021 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2020 (3.714,633 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2021 um die sich aus der ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021** festgesetzt: **3.861,236 Planstellen.**

Anlage 3

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 7	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

zu 8	Gleichstellung
-------------	-----------------------

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und beendet die Sitzung insgesamt, da es keine Tagesordnungspunkte zum nichtöffentlichen Teil gibt..

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 23. September 2020

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung